

ROBIN WOOD

magazin

Wilde Wälder schützen

Tropenwald:
Endlich auf die
Lieferkette

Energie:
Ofen aus!

Russland muss den Krieg in
der Ukraine sofort beenden!





Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Seite 6

tatorte 

- 6 Stoppt den Krieg in der Ukraine
- 7 Berlin: Rollback für die Energiewende verhindern

 tatorte

- Berlin: Für den Schutz der Wälder – auf ins Stadion 8
- Brüssel: Waldzerstörung in den Karpaten stoppen! 8
- St. Andreasberg: Wälder statt Holzfabriken 9
- Berlin: Mehr Fortschritt wagen ist gescheitert 10
- Wels: Stoppt das Verbrennen von Waldholz! 10
- Hamburg: Keine fossilen Scheinlösungen! 11
- Köln/Bonn: Züge statt Flüge 11



Seite 8

Foto: Nina Neuscheler/ROBIN WOOD



Seite 12

Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

wald 

- 12 40 Jahre und keine Spur von Midlifecrisis: ROBIN WOOD bleibt aktiv für den Wald!



Foto: iStock/Natalya Bosyak

Seite 16

wald 

- 14 Europas letzten Urwäldern droht die Kettensäge
- 16 Kein Handel mit russischem Holz
- 19 Weiter auf dem Holzweg
- 21 Neuer Bericht: Future on Fire

tropenwald 

- 22 „Entwaldungsfreie Lieferketten“ – es geht um mehr als um den Wald

 energie

- Ofen aus! 26
- Stromspeicher selbst bauen 28
- Energiespartipps: Heizkosten senken 29
- Lützerath: Oberverwaltungsgericht entscheidet – RWE enteignet 31
- Interview: Neues aus Pödelwitz 32
- Energiecharta-Vertrag: Bodyguard der Fossilen 34

Foto: Mirko Boll/ROBIN WOOD

Heftmitte



Seite 34



Foto: Uwe Hixsch

internes 

- 37 Spenden statt Geschenke
- 37 Impressum
- 38 Clara Tempel unterstützt ab April 2022 die Aktiven

Heftmitte: ROBIN WOOD-Jahresbericht 2021

**40
Jahre:**

**Wald
ist
Leben**

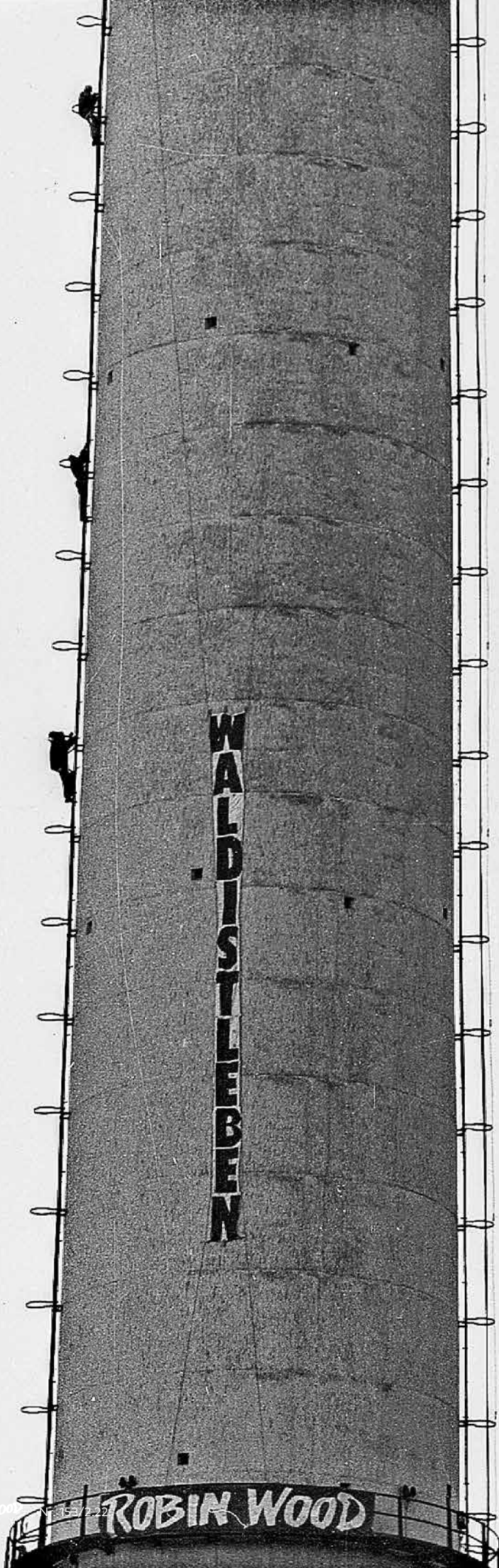


Foto: Olav Kirst



Die Redaktion engagiert sich seit vielen Jahren für den Schutz der Wälder

Liebe Leserinnen und Leser!

wir lieben den Wald – seit 40 Jahren. Im November 2022 feiert ROBIN WOOD Geburtstag und der **Schutz der Wälder** ist heute noch genauso aktuell wie bei der Gründung des Vereins. Die Aktivist*innen der ersten Stunde besetzten die großen Schloten der bundesdeutschen Kraftwerke. Ihre ungefilterten Abgase versauerten die deutschen Wälder und sogar schwedische Seen. Der engagierte Einsatz von ROBIN WOOD hatte Erfolg: In die Kamine der Dreckschleudern wurden Filteranlagen eingebaut. Aber das Waldsterben und damit unser Kampf für die Wälder ging weiter. Denn längst setzten den Wäldern vor allem die Stickstoffemissionen zu: Vor der Industrie liegen bei diesen Emissionen der Straßenverkehr und an die Spitze die konventionelle Massentierhaltung. Der Klimawandel und seine Extremwetterereignisse machen den Wäldern heute mehr denn je zu schaffen. Und die konventionelle, intensive Forstwirtschaft verschlimmert die Lage. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 12 und 13.

Seit 40 Jahren setzt sich ROBIN WOOD dafür ein, aus den **fossilen Energieträgern auszusteigen**. Wir müssen Energie sparsam einsetzen, wir müssen Energie dezentral erzeugen und wir müssen auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umsteigen. Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat uns überdeutlich vor Augen geführt, wie fatal unsere Abhängigkeit von schmutzigen, fossilen Energien wie Kohle und Gas ist. Wir sind vom unermesslichen Leid der Menschen in

der Ukraine zutiefst erschüttert. Putin muss diesen Angriff sofort stoppen und zur Verantwortung gezogen werden! Aber es kann nicht sein, dass **der Krieg Russlands gegen die Ukraine**, die Bundesregierung und die Energiewirtschaft dazu verleitet wieder auf Kohle- und Atomenergie zu setzen, in Terminals für fossiles Flüssiggas (LNG) zu investieren und das Verfeuern von Holz auszuweiten. ROBIN WOOD wird sich gegen diese energiepolitische Rolle rückwärts engagieren, denn fossile Energien finanzieren und treiben Kriege, menschliches Leid und Unterdrückung weltweit. Wir fordern, dass zum Schutz von Klima, Artenvielfalt und Versorgungssicherheit die Energiewende noch zügiger vorange-trieben werden muss.

Für das Bekämpfen **der Klimakrise und des weltweiten Artensterbens** ist dieses Jahrzehnt das Entscheidende. Diese Krisen bedrohen das Leben auf unserem Planeten. Schon jetzt kostet der Klimawandel unzählige Menschen das Leben, zerstört Lebensgrundlagen, ist Fluchtursache und steigert die Gefahr von Kriegen. Deshalb gibt es zu einer Energiewende und zum Schutz der Artenvielfalt und unserer Wälder keine Alternative.

Bleiben Sie zuversichtlich und aktiv!
Alles Gute wünscht Ihnen für die Magazin-Redaktion mit herzlichen Grüßen Ihre Christiane Weitzel



Fotos: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Der russische Präsident Wladimir Putin muss diesen völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine sofort stoppen und sein Militär abziehen!

Stoppt den Krieg in der Ukraine!

24. Februar 2022: ROBIN WOOD verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine. Der russische Präsident Wladimir Putin muss diesen Angriff sofort stoppen und sein Militär aus dem Land abziehen. Die Bundesregierung muss gemeinsam mit den Regierungen der anderen EU-Staaten entschlossen nach einer Konfliktlösung suchen, den Menschen in der Ukraine humanitäre Hilfe anbieten und Flüchtlinge aufnehmen. Um diesen Forderungen mehr Geltung zu

verschaffen, rief ROBIN WOOD mit zur Kundgebung „Stoppt den Krieg – Frieden für die Ukraine und ganz Europa“ am 3. März in Berlin auf.

„Mit Bestürzung haben wir am 24. Februar früh die Nachrichten gehört: In Europa herrscht Krieg! Putins Angriff auf die Ukraine ist beispiellos und durch nichts zu rechtfertigen. Der Einmarsch ist ein Bruch mit dem Völkerrecht und ein Angriff auf die Menschenrechte“, sagte Jonathan Schultz, ROBIN WOOD-Vorstandssprecher. „Putin muss den Abzug russischer Truppen unverzüglich vornehmen und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Waffen lösen keine Krisen, Panzer bringen keinen Frieden, Militarisierung und Aufrüstung sind kein Ausweg – für Niemanden.“

ROBIN WOOD forderte, dass alles getan wird, um eine diplomatische Lösung zu erreichen und den Weg des Friedens zu gehen. „Es geht nicht um das Militär, die Nato und die EU – es geht um Menschen. Es sind Menschen, die jetzt verletzt werden. Menschen, die sterben. Menschen, denen Angehörige und Freund*innen genommen werden, in Luhansk und Donezk und in der ganzen Ukraine“, so Schultz. „Wir stellen uns an die Seite der Menschen in der Ukraine und reihen uns ein in die Anti-Kriegs-Bewegung in Deutschland, in der Ukraine, in Russland und weltweit.“

ROBIN WOOD setzt sich für gewaltfreie Konfliktlösungen ein. Unser Einsatz für Umwelt- und Klimagerechtigkeit ist immer auch ein Einsatz für den Frieden.



Rollback für die Energiewende verhindern

Berlin, 3. März 2022: Zur Kundgebung „Stopp den Krieg – Frieden für die Ukraine und ganz Europa“ in Berlin warnte ROBIN WOOD die Bundesregierung und die Energiewirtschaft davor, auf Kohle- und Atomenergie zu setzen, in Terminals für fossiles Flüssiggas (LNG) zu investieren und das Verfeuern von Holz auszuweiten. Dies wären unverantwortliche Rückschritte für die Energiewende in Deutschland. Aus Sicht von ROBIN WOOD ist es vielmehr notwendig, die Abhängigkeit von allen fossilen Energieträgern zügig zu beenden und sämtliche Atomanlagen sofort stillzulegen. Auch aus sicherheitspolitischen Gründen ist nun die Beschleunigung einer kohlenstofffreien, klimafreundlichen Energiewende dringend geboten.

„Der völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine bringt unglaubliches Leid, Tod und Zerstörung. Es ist richtig, in dieser Situation die energiewirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu kappen. Aber es wäre fatal, sich jetzt an die alte Energieindustrie zu klammern, die mit ihrer Kohle- und Atompolitik jahrzehntelang die Energiewende ausgebremst hat“, sagte Ronja Heise, ROBIN WOOD-Energiereferentin.

Seit dem Angriff des russischen Militärs auf die Ukraine überschlugen sich die Ereignisse – mit weitreichenden Folgen auch für die Energiepolitik in Deutschland:

- Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte in seiner Regierungserklärung Ende Februar den Bau zweier LNG-Terminals in Deutschland an. Aufgrund von Bauzeiten und dem begrenzten Angebot von LNG ist diese Maßnahme jedoch ungeeignet, Energie-Engpässe zu verhindern. Für den Klimaschutz wäre die Entscheidung desaströs.
- Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck erklärte, im Notfall Kohlekraftwerke länger laufen lassen zu wollen. Ähnliche Stimmen kamen aus mehreren Landesregierungen. Der Energiekonzern Vattenfall stoppte bereits die Vorbereitungen zum Rückbau des Kohlekraftwerks Moorburg in Hamburg. Doch jede zusätzliche Tonne Kohle, die verbrannt wird, heizt die Klimakatastrophe weiter an.
- Auch eine Laufzeitverlängerung für die drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke ist nun plötzlich kein Tabu mehr. CSU-Chef Markus Söder warf sich als einer der Ersten für die hochriskante Atomenergie in die Bresche. Die FDP in Schleswig-Holstein forderte sogar zu prüfen, das stillgelegte Atomkraftwerk Brokdorf wieder zu reaktivieren. Den Atomausstieg rückgängig zu machen, würde – sofern dies überhaupt umsetzbar wäre – den Atommüllberg vergrößern sowie Leben und Gesundheit vieler Menschen gefährden.
- Die Holz- und Biomasse-Branche machte Druck, Holz als Ersatz für russisches Gas zu nutzen. Nun von einer



Verbrennungstechnologie zur nächsten zu wechseln, die ebenso viel oder mehr Kohlendioxid pro Energieeinheit verursacht, beschleunigt zugleich zwei tödliche Krisen: die Klimakatastrophe und das Artensterben.

Fossile Energien finanzieren und treiben Kriege, menschliches Leid und Unterdrückung weltweit. Die Klimakrise kostet Leben und Gesundheit unzähliger Menschen, das hat der jüngste IPCC-Report äußerst deutlich gemacht. Es ist keine Lösung, fossiles Gas aus Russland durch Gas oder Kohle aus anderen Regionen zu ersetzen. Auch Atomkraft ist kein Beitrag zu Klimaschutz und Versorgungssicherheit, sondern ein hochgefährlicher, energiepolitischer Irrweg.

„Wir dürfen unsere überlebenswichtigen Ökosysteme nicht dem Krieg preisgeben. Holz zu verfeuern, katapultiert uns an tödliche Kipp-Punkte. Es ruiniert das Klima und die Artenvielfalt“, sagt Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin.

Statt nun 100 Milliarden Euro in die Aufrüstung zu stecken, fordert ROBIN WOOD ein umfassendes Förderprogramm für Energieeffizienz und -suffizienz. Notwendig sind Maßnahmen zur systematischen Reduktion des Strom- und Wärmeverbrauchs. Die energetische Sanierung von Häusern, die Produktion erneuerbarer Wärme und insbesondere der Umbau von Fernwärmenetzen müssen schneller vorangetrieben und durch sozialpolitische Maßnahmen flankiert werden.

Ute Bertrand, Hamburg

Für den Schutz der Wälder – auf ins Fußballstadion

Berlin, 2. Februar 2022: Am Morgen des 2. Februar trafen wir uns mit Vertreter*innen der Deutschen Umwelthilfe, Germanwatch, OroVerde und dem WWF-Deutschland auf einem Berliner Fußballplatz. Normalerweise kickt hier der Fußballclub Lichtenberg 47, heute waren wir mit einem fast 20 Meter breiten Banner auf dem Platz: „Stoppt Waldver-



ningung für EU-Konsum!“. Aus der Luft wirkte das riesige Banner im Vergleich zu der gepflegten grünen Wiese verschwindend klein.

Mit über zwei Meter hohen Buchstaben legten wir den Spruch „Alle 90 Sekunden gerodet: 1 Fußballfeld“ auf den Rasen – eine traurige Wahrheit. Allein für den Rohstoffhunger Europas wird auf der ganzen Welt Regenwald abgeholzt: Im Zeitraum eines einzigen Fußballspiels wird Wald der Größe von 60 Fußballfeldern für EU-Importe gerodet! Deshalb waren wir hier auf dem Fußballplatz und aus diesem Grund flog eine ROBIN WOOD-Aktivistin trotz Wind ihre Drohne in die Höhe, um diese gigantische Fläche darzustellen.

Doch unsere Fotos und Videos waren nur der Teil einer noch größeren Kampagne. Europaweit veranstalteten Umweltschützer*innen aus 14 Ländern Aktionen unter dem Motto #Together4Forests. Denn genau dieser Zusammenhalt ist nötig, um etwas zu verändern.

Ein EU-weites Lieferkettengesetz ist auf dem Weg. Doch um dieses wirklich entwaldungsfrei zu gestalten und mögliche Schlupflöcher vor der Verabschiedung zu schließen, braucht es uns!

Moritz Heck, ROBIN WOOD-FÖJ, Hamburg

Waldzerstörung in den Karpaten stoppen!

Brüssel, 28. Februar 2022: Die Zerstörung wertvoller Natura 2000-Wälder in den rumänischen Karpaten geht – trotz eines laufenden Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen die rumänische Regierung – unvermindert weiter. Ein Bündnis aus sieben Waldnaturschutzorganisationen, darunter ROBIN WOOD, EuroNatur, Agent Green aus

Rumänien und Fern aus Belgien, forderte von der EU-Kommission das 2020 begonnene Verfahren zügig voranzutreiben und den Fall vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, überreichten Vertreter*innen des Bündnisses der EU-Kommission in Brüssel ihre Forderungen zusammen mit einem neuen Kurzfilm über die Problematik. Der Film, den ROBIN WOOD für das NGO-Bündnis drehte, zeigt symbolisch, wie die Ur- und Naturwälder der EU zu Grabe getragen werden und kritisiert die unzureichende Durchsetzung der Natura 2000-Gesetzgebung.

In Rumänien liegen die größten zusammenhängenden Buchenwälder Europas – ein wertvolles Weltkulturerbe. Die EU hat sie als Natura-2000-Gebiete unter Schutz gestellt. Doch in der Praxis wird ihr Schutz nicht durchgesetzt. Wenn das Natura 2000-Schutzkonzept Europas wertvollste und größte Ur- und Naturwaldflächen nicht retten kann, droht das Konzept als Ganzes zu scheitern. Die Beerdigung der wertvollen Wälder Europas ist in vollem Gange.

Den Kurzfilm „An Artistic Act to Act“ finden Sie hier: <https://bit.ly/3JFcokj>





Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Wälder statt Holzfabriken!

St. Andreasberg, 20. März 2022: Die jährlichen Waldzustandsberichte der Bundesregierung und der Länder sind seit vielen Jahren alarmierend. Die drei Hitze- und Dürrejahre 2018 bis 2020 haben besonders deutlich gezeigt, wie anfällig vor allem die naturfernen Fichten- und Kiefernforste sind: Über fünf Prozent der Fichten und mehr als ein Prozent der Kiefern sind hierzulande allein in dieser Zeit abgestorben. Im Harz sind die großflächig abgestorbenen Fichtenbestände unübersehbar. Der Harz, als beliebtes Ausflugsziel weit über die Grenzen Deutschlands hinweg bekannt, ist damit zum Symbol einer verfehlten Waldpolitik geworden.

„Wertvolle Wälder statt Holzfabriken“, forderten die ROBIN WOOD-Aktivist*innen daher auf einem großen Banner, das sie im Oberharz bei St. Andreasberg entrollten. Die Perspektive der Waldpolitik müsse sich grundlegend ändern: weg von der einseitigen Ausrichtung auf Profite aus dem Holzverkauf hin zu einer Wertschätzung der komplexen Ökosystemleistungen des Waldes. Gerade angesichts von Klimakrise und Artensterben sind naturnahe Wälder wichtiger denn je.

Mit bei der Aktion vor Ort war auch Lutz Fähser, Waldexperte und „Vater“ des Lübecker Konzepts zur naturnahen Waldbewirtschaftung. „Wir stehen hier im Hochharz vor absterbenden Waldflächen – tote Fichten so weit das Auge reicht. Wir sind Zeuge eines wirklich epochalen Wandels der Natur durch den Klimawandel. Aber keine Panik, bitte lasst die Natur machen! Hier stirbt nicht der Wald, sondern einzelne Bäume und die nächste Waldgeneration wartet schon. Auf diese Vielfalt und diese Zusammenhänge weist ROBIN WOOD schon seit 40 Jahren hin!“

Im Nationalpark Harz gibt es jetzt die Chance, dass dort, wo früher öde Fichten-Monokulturen standen, nun wilder Wald nachwächst. Doch in Deutschland stehen

bislang viel zu wenig Wälder unter Schutz. Dabei sieht die EU-Biodiversitätsstrategie, die gefährdete, wildlebende heimische Pflanzen- und Tierarten und deren Lebensräume wirksam schützen soll, einen strikten Schutz für zehn Prozent aller Landflächen bis 2030 vor. Um das zu erreichen, müssten hierzulande viel mehr Waldflächen als Schutzgebiete ausgewiesen werden. Bisher wird die Waldpolitik von Bund und Länder aber nicht einmal den eigenen Anforderungen gerecht. Deutschland hatte sich vor anderthalb Jahrzehnten das wenig ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2020 mindestens fünf Prozent der Waldflächen einer natürlichen Entwicklung ohne forstliche Eingriffe zu überlassen. Bis 2019 waren es gerade einmal 2,8 Prozent.

Die neue Bundesregierung steht vor jahrzehntelangen Versäumnissen, die zum miserablen Zustand der Wälder geführt haben. Sie muss jetzt dringend – auch gegen Widerstände der Forst- und Agrarlobby – eine ökologische Waldwende durchsetzen.

Ute Bertrand, Hamburg



Foto: ROBIN WOOD/Eberhard Linckh

Eine ökologische Waldwende forderten Lutz Fähser und Aktive von ROBIN WOOD im Harz zum Tag des Waldes 2022

Mehr Fortschritt wagen ist gescheitert

Berlin, 18. März 2022: Die neue Bundesregierung war seit 100 Tagen im Amt. Aus diesem Anlass protestierte ROBIN WOOD gegen den drohenden klimapolitischen Rollback insbesondere im Verkehrs- und Energiesektor und forderte ein wirksames Klimaschutz-Sofortprogramm. Dazu zogen die Aktivist*innen vor das Bundeskanzleramt in Berlin und



sprühten dort mit Kreide den Slogan „Mehr Fortschritt wagen? Fail!“ auf den Boden.

Die Treibhausgasemissionen stiegen hierzulande im vergangenen Jahr laut aktueller Klimabilanz des Umweltbundesamtes um 4,5 Prozent. Der Verkehrssektor verfehlte das gesetzliche Klimaziel bereits zum zweiten Mal in Folge, insbesondere aufgrund des zunehmenden Güterverkehrs. Tatsächlich fiel die Bilanz sogar noch schlechter aus, wenn darin auch der internationale und nicht nur der innerdeutsche Flugverkehr berücksichtigt würde. Der Energiesektor verzeichnete ebenfalls eine absolute Zunahme der Emissionen im Vergleich zu 2020. Auch der Gebäudesektor verpasste erneut das für ihn definierte Klimaziel.

In Folge des Ukraine-Kriegs droht der Klimaschutz weiter ins Hintertreffen zu geraten, so dass die Klimabilanz für 2022 sogar noch schlechter ausfallen dürfte: Angesichts steigender Benzinpreise kommen aus der Bundesregierung Forderungen nach Tankrabatten. Bundeskanzler Olaf Scholz macht sich zudem dafür stark, dass Milliarden-Beträge in neue Flüssiggas-Häfen investiert werden, obwohl dadurch fossile Abhängigkeiten über Jahrzehnte hinweg zementiert würden. Zudem wird mit einer verstärkten Nutzung von Kohlekraftwerken in den kommenden Monaten und Jahren gerechnet.

Stoppt das Verbrennen von Waldholz!

Wels, 6. April 2022: Aktivist*innen von ROBIN WOOD aus Deutschland und dem Clean Air Committee aus den Niederlanden protestierten bei der European Pellet Conference 2022 gegen die Verbrennung von Holz in Großkraftwerken. Sie hängten ein Banner mit der Aufschrift „Don't burn our forests for Energy!“ in die Bäume vor dem Haupteingang der Stadthalle in Wels, in der die renommierte Konferenz stattfand.



Gegen das Verbrennen von Holz in Großkraftwerken: Protest in den Bäumen vor der Pelletkonferenz in Wels/Österreich

Viele Holzkraftwerke und Holzpelletfabriken in Europa verwenden, entgegen ihrer Behauptung der Nutzung von Restholz und Sägeabfällen, offenbar jetzt schon direkt aus dem Wald geschlagenes Stammholz, wie der Anfang April von der Forest Defenders Alliance veröffentlichter Report offen legte. Der Biomasseverband und der Waldverband Österreichs fordern hingegen „Holzreserven zur Überwindung der Energiekrise“ als Alternative zu fossilen Energieträgern aus Russland durch „verstärkte Waldpflegemaßnahme“ zu verwenden.

Doch mehr Wald abzuholzen und zu verbrennen, hilft nicht bei der Bewältigung der Energiekrise, sondern befeuert die weltweite Klimakrise. Europa nutzt derzeit 80 Prozent des jährlich nachwachsenden Holzes. Etwa die Hälfte davon wird sofort verbrannt, weitere 30 bis 35 Prozent werden für kurzlebige Produkte verwendet, die innerhalb von ein bis zwei Jahren als CO₂-Emission enden. Wollten wir nur zehn Prozent der fossilen Energieträger, die wir aus Russland importieren, durch Energie aus Holz ersetzen, müssten wir 60 Prozent mehr Holz verbrennen.

Die Aktiven machten sich für einen Stopp der Subventionen für die Holzverbrennung stark. Das Geld müsse unbedingt in den Ausbau tatsächlich Erneuerbarer Energien wie Solar- und Windenergie oder Wärmepumpen investiert werden.

Keine fossilen Scheinlösungen

Hamburg, 8. April 2022: Anlässlich des „LNG and Future Fuels Forums“ demonstrierte ein Bündnis aus Umweltgruppen vor dem Konferenzort gegen Scheinlösungen beim Klimaschutz und die Schaffung neuer fossiler Abhängigkeiten. Diskussionsgegenstand des Forums waren künftige Antriebsmöglichkeiten für die Schifffahrt, zu denen laut Programm auch LNG und weitere, auf fossilen Energieträgern basierende Ansätze gehören. Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine droht Deutschland in weitere fossile Abhängigkeiten zu rutschen.

Das Bündnis, dem neben ROBIN WOOD und der Deutschen Umwelthilfe (DUH), das Klimabündnis gegen LNG und die BUND-Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen angehören, kritisierte das Festhalten an fossilen Geschäftsmodellen und den damit einhergehenden Wildwuchs an neuen LNG-Importterminalplänen in Deutschland. Die deutsche LNG-Debatte würde ohne den Blick auf die besonders starke Klimaschädlichkeit von LNG und die Gefahr der Importe von Fracking-Erdgas geführt. Stattdessen forderte das Bündnis, jetzt konsequent auf Einsparung, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu setzen.

Die DUH hat mit Rechtsgutachten nachgewiesen, dass die geplanten Terminals in Stade, Brunsbüttel sowie das Uniper-Projekt in Wilhelmshaven an den vorgeschlagenen Standorten nicht genehmigungsfähig sind. Grund dafür sind neben störfallrechtlichen auch naturschutzrechtliche Gründe.



Foto: BUND Hamburg

Züge statt Flüge

Köln, 11. April 2022: Zu Beginn der Reisezeit über die Osterferien warnte ROBIN WOOD mit einer Protestaktion am Flughafen Köln/Bonn vor einem starken Wiederanstieg des Flugverkehrs. Die Aktivist*innen demonstrierten in der Abflughalle für ein Verbot von Kurzstreckenflügen und den Ausbau klimafreundlicher Reisealternativen.

Trotz der noch hohen Infektionszahlen erreichen die Fluggastzahlen global gesehen aktuell wieder mehr als 80 Prozent des Niveaus vor der Pandemie. Allein der Flughafen Köln/Bonn erwartete 450.000 Flugreisende über die Osterferien. Fehlgeleitete Subventionen sowie ein irreführendes Marketing der Flugindustrie führen dazu, dass Fliegen für die meisten Reisenden attraktiv gemacht wird und der massive Klimaschaden stark unterschätzt wird. Wichtige politische Instrumente für eine Reduktion des Flugverkehrs, vor allem eine Kerosinsteuer, fehlen bislang. Das Aus für Kurzstreckenverbindungen, die mit einer Bahnalternative von vier Stunden ersetzbar sind, würde pro Jahr mehr als eine Million Tonnen CO2 einsparen.

Tatsächlich profitiert die Flugindustrie jedoch von massiven Subventionen durch Steuergelder. Der Flughafen Köln/Bonn ist ein besonders drastisches Beispiel: Zwischen 2014 und 2017 verzichtete der öffentlich finanzierte Flughafen auf einen großen Teil der fälligen Nutzungsgebühren und verschenkte so rund 130 Millionen Euro vor allem an Billig-Airlines. Auch während der Corona-Pandemie wurde der Flughafen mit Steuergeldern in Millionenhöhe subventioniert, weitestgehend ohne Auflagen.



Fotos: ROBIN WOOD



Für ein Verbot von Kurzstreckenflügen: ROBIN WOOD-Aktive im Gespräch mit Fluggästen am Köln/Bonner-Flughafen



März 2022: Auch 40 Jahre nach Gründung von ROBIN WOOD geht es den bundesdeutschen Wäldern schlecht. Deshalb forderten die Aktivist*innen mit einer spektakulären Aktion zum Tag des Waldes im Harz „Wertvolle Wälder statt Holzfabriken“!

Foto: Moritz Heck/ROBIN WOOD

40 Jahre und keine Spur von Midlifecrisis ROBIN WOOD bleibt aktiv für den Wald!

Juchu, ROBIN WOOD wird 40 Jahre alt! Ein kleiner Verein, im November 1982 in Bremen angetreten, um die Wälder zu retten. Unermüdlich in der Sache aktiv und dabei immer vielfältig. Das war nur durch Hunderte von ehrenamtlich Aktiven und durch Ihre Unterstützung möglich. Unsere Arbeit ist heute so wichtig wie eh und je.

Die Ursachen der Waldschäden der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts haben wir gemeinsam bekämpft und auf unserem Weg Erfolge erzielt. Entschwefelungsanlagen sind inzwischen in allen Schloten Pflicht. Doch den Wäldern in Deutschland geht es heute schlechter als je zuvor. Die Emissionen, vor allem der Stickstoff aus der Landwirtschaft, der Klimawandel und seine Extremwetterereignisse setzen den Wäldern zu.

Die intensive Forstwirtschaft tut ein Übriges. Ein unzureichendes Waldgesetz, ein Defizit an Schutzgebieten und eine für die Wälder ungebührliche Art Profit zu erwirtschaften, schwächen die Wälder zusätzlich. Im April 2022 wurde bekannt, dass die Schadflächen nach den drei Dürresommern 2018 bis 2020 fast doppelt so hoch sind wie bisher von der Bundesregierung angenommen. Und der Druck auf die Wälder erhöht sich weiter. Der Bedarf an Papier, Bauholz und Brennholz ist gestiegen. Etwa ein Drittel des geernteten Holzes wird aktuell verbrannt. Tendenz steigend.

Doch wir bleiben dran! Die neue Bundesregierung will dringend nötige Reformen in der Waldpolitik in Gang setzen: An das Waldgesetz wolle man ran, das Verbrennen von Holz in Kraftwerken stehe zur Debatte. ROBIN WOOD wird diese Ankündigungen und Pläne kritisch kommentieren und begleiten.

Deshalb haben wir in unserem Geburtsjahrgang den Tag des Waldes 2022 genutzt und unsere Forderungen weithin öffentlich bei einer Aktion transportiert: Wir sind mit Aktiven und alten Freund*innen in den Harz gefahren. An einen Ort, der wie kaum ein anderer für das derzeitige Waldsterben und für eine verfehlte Waldpolitik in Deutschland steht. Abgestorbene Fichtenplantagen soweit das Auge reicht. Ein schockierendes, apokalyptisches Bild selbst für Hartgesottene.

Doch wir wären nicht ROBIN WOOD, wenn wir nicht am Boden der abgestorbenen Plantagen schon den neuen, vielfältigeren und widerstandsfähigeren Wald sprießen sähen. Jede abgestorbene Plantage birgt die Hoffnung auf mehr Struktur im Wald der Zukunft. Und so spannten wir während unserer Exkursion an verschiedenen Orten im Harz unser 12 Meter langes und 4 Meter hohes Banner: "Wertvolle Wälder statt Holzfabriken!" Eine Forderung, die ausdrückt, was falsch läuft,

und gleichzeitig die Richtung benennt, in die es gehen sollte. Beeindruckend war der Moment, als die Harzer Schmalspurbahn an uns und unserem Banner vorbeifuhr und ihr ausgedehntes Hupen hören ließ. Am nächsten Tag fuhr eine ROBIN WOOD-Aktive mit eben dieser Bahn auf den Brocken. Ein Schaffner erkannte sie an ihrem grünen Pulli und erzählte ihr, wie sehr ihn die Aktion gefreut hätte.

Die ROBIN WOOD-Aktiven erlebten den Tag mit guten alten Freunden: Rudolf Fenner, der 29 Jahre Waldreferent bei ROBIN WOOD war und Forstamtsleiter i.R. Lutz Fähser, den eine 40-jährige Geschichte mit ROBIN WOOD verbindet. Gemeinsam stellten wir unsere Forderungen an die Politik und feierten unser Geburtsjahrgang. Zeugnis davon sind ein Aktionsvideo, einige Kurzinterviews und Glückwünsche, die Sie auf unserem YouTube-Kanal in der Playliste „Wald“ finden.

Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin



1983 im Schwarzwald: Die ROBIN WOOD-Aktiven machten mit einer spektakulären Aktion auf das Waldsterben aufmerksam

Europas letzten Urwäldern droht die Kettensäge - immer noch!

*Mit spektakulären Aktionen hat ROBIN WOOD mit seinen Partner*innen vor Ort Druck gemacht, dass die rumänischen Buchenwälder nicht den Kettensägen zum Opfer fallen. Unser Protest hat erreicht, dass die EU gegen Rumänien ein Vertragsverletzungsverfahren anstrengt. Aber noch geht der Waldfrevel in den Karpaten weiter. Hier folgt eine Chronologie des Kampfes für die Natur- und Urwälder Rumäniens und Europas.*

Frühjahr 2019:

- ROBIN WOOD-Aktive besuchen die Karpaten in Rumänien. Der Anblick macht fassungslos: Uralte Baumriesen fallen den Kettensägen zum Opfer. Selbst unter Schutz stehende Wälder werden radikal abgeholzt für Spanplatten und Holzschnitzel.
- Start der ROBIN WOOD-Kampagne: Rumäniens Urwälder retten!
- Bei einer Aktion vor der rumänischen Botschaft in Berlin rückt ROBIN WOOD mit der Kettensäge an. Als Waldarbeitende verkleidet setzen Aktivist*innen mit Säge und Baumstamm das Roden der Wälder ins Bild.
- Endlich: Die EU-Kommission leitet ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Rumänien ein, da die rumänische Regierung die Buchenurwälder nur unzureichend vor Abholzung schützt. Und die Nationalstraße, die quer durch die einmalige Naturlandschaft der rumänischen Karpaten führen sollte, wird nicht gebaut.
- Dann folgt Corona und bremst uns aus. Aktionen müssen abgesagt werden, die Welt scheint stillzustehen, wartet, was kommt, wie es weiter geht.
- Was weitergeht, ohne das wir es mit bekommen, sind die illegalen Einschläge in der karpatischen Buchenwälder.
- Wir erweitern unsere Kampagne um die Petition „Europäischen letzte Urwälder retten!“. Die Karpaten aber bleiben im Blick, denn der Präzedenzfall ist gleichbedeutend für alle Wälder innerhalb der EU, die aufgrund der Natura2000 unter Schutz stehen.
- Rumänien erlässt ein paar „Gesetzchen“, die EU scheint vorerst befriedet. Gemeinsam mit unseren Partnern lässt ROBIN WOOD nicht locker!

Juli 2019:

- Über ein tiefes Tal im Nationalpark Domogled-Valea Cernei in Rumänien spannen wir ein 50 Meter langes Banner. Mit dieser spektakulären Kletteraktion machen wir der rumänischen Regierung klar: Wir lassen nicht locker. Unser Protest richtet sich gegen den geplanten Ausbau einer Nationalstraße mitten durch den Nationalpark und die Kernzone des UNESCO-Weltnaturerbegebietes.

Oktober 2019:

- Der Wald rancher Raducu Gorcioaia und der Forstinspektors Liviu Pop werden grausam ermordet.

Februar 2020:

- Zur Waldkonferenz der EU ist ROBIN WOOD vertreten durch eine bärige Protestaktion. In Brüssel platzieren wir unser gewaltiges Banner vor dem Hauptsitz der EU-Kommission. „SAVE EUROPEAN PRIMARY FORESTS!“ – „Rettet Europas Urwälder!“ – unsere Forderung ist für die Konferenzteilnehmenden unübersehbar.

Oktober 2021:

- Erneut werden Journalist*innen in den rumänischen Karpaten angegriffen. Wir sind bestürzt, als wir erfahren, dass ein Mob von 20 Menschen Waldnaturschützer angreift. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl sind bei den Menschen in Rumänien, die sich gegen die Holzmafia stellen. Das EU-Verletzungsverfahren gegen Rumänien gerät ins Stocken.

Februar 2022:

- Wir drehen einen Kunstfilm, tragen darin die Buchenwälder zu Grabe und übergeben den Film der EU Kommission!

Herzlichen Dank an alle, die unsere Kampagne: „Rumäniens Wälder retten“ möglich gemacht haben! Bitte helfen Sie weiterhin mit Ihrer Spende, mit Ihrer Unterschrift oder bei Aktionen die letzte Urwälder Europas zu retten und die Kettensägen dauerhaft zum Schweigen zu bringen. Und schauen Sie sich auch den ROBIN WOOD-Film: „An Artistic Act to Act auf unserem Youtube-Kanal, youtube.com/robinwoodvideo im Internet an.

*Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin
wald@robinwood.de*



Foto: Stephan Röhl/ROBIN WOOD

2019, Berlin



Foto: Rudolf Fenner

Foto: ROBIN WOOD

Frühjahr 2019: Kahlschlag in rumänischen Wäldern



Foto: Knut Hildebrandt

2019: Hier sollte eine Nationalstraße mitten durch streng geschützte Gebiete gebaut werden



Foto: ROBIN WOOD/Minterva Vincza



Foto: ROBIN WOOD/Eberhard Linckh

2019: Nationalpark Domogled-Valea Cernei in Rumänien



Februar 2020, Brüssel

Foto: ROBIN WOOD



Februar 2022

Foto: ROBIN WOOD/Eberhard Linckh



Kein Handel mit russischem Holz

Der Krieg in der Ukraine schockiert uns alle zutiefst. Neben dem unsäglichen direkten Leid der Menschen hat der Krieg auch Auswirkungen auf alle Bereiche des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Auch die Wälder und der Holzhandel sind davon betroffen.

Schon immer zogen Kriege die Wälder in Mitleidenschaft. Sei es, weil sie für den Hunger der Rüstungsindustrie gebraucht wurden oder weil sie von gegnerischen Kriegsparteien zerstört wurden. Manchmal waren sie die letzte verbliebene Quelle an Nahrungsmitteln und Rohstoffen der kriegsgebeutelten Bevölkerung. Schon immer nutzen auch Flüchtlinge ihren Schutz.

Anfang Januar verhängte Putin ein Exportverbot für Rundholz

Russland ist bzw. war der größte Holzexporteur der Welt. Nach Recherchen von Wood Resources International exportierte Russland 2020 rund 15 Mio. Kubikmeter Rundholz. Das entspricht annähernd 12 Prozent des weltweit gehandelten Rundholzes.

Seit Anfang des Jahres 2022 brach dieser Markt ein, da Präsident Putin schon zum 1. Januar ein Exportverbot ver-

hängte, um die russische Holzverarbeitung zu unterstützen. Seit Beginn des Kriegs kam jedoch auch der restliche Import und Export von Holz und Holzprodukten zwischen der Europäischen Union und Russland weitestgehend zum Erliegen.

Bereits am 2. März kündigte Stora Enso, das zweitgrößte Forstunternehmen der Welt, an, die Produktion und den Verkauf in Russland und auch alle Ex- und Importe nach und aus Russland bis auf Weiteres einzustellen. Einen Tag später, am 3. März, schlossen sich das Möbelunternehmen IKEA und das größte genossenschaftlich organisierte Forst- und Papierunternehmen Europas, die Metsä Group, mit ähnlich lautenden Mitteilungen an.

Am 9. März zog der größte Papierkonzern Europas, UPM, nach. Er hatte bereits am 3. März den Export nach Russland gestoppt. Eine Woche später entschied UPM den Einkauf russischen Holzes einzustellen. Die vier Unternehmen blieben vorerst die einzigen, die sich zu dieser vorbildlich schnellen Reaktion entschieden. Daran änderte auch der Aufruf von 120 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen nichts,

die Einfuhr aller Arten von russischem und weißrussischem Holz und Holzprodukten einschließlich aller Papierprodukte, Möbel und Möbelteile, Pellets und Schnittholz zu verbieten. Zumindest die drei großen Zertifizierer für Holz, FSC, PEFC und SPB, entschieden sich am 8. bzw. 9. März, Holz und Holzprodukte aus Russland und Belarus von ihren zertifizierten Produkten auszuschließen.

Am 11. März veröffentlichte die Organisation Earthside eine Recherche, nach der „russische Oligarchen mit engen, seit langem bestehenden Verbindungen zu Wladimir Putin hinter den größten Holzeinschlagsunternehmen und Exporteuren von Holzprodukten des Landes stehen.“ Die „Unternehmen (...) gehören zu den größten Exporteuren von russischem Holz nach Europa, in die USA und nach Japan. Ihr Schnittholz, Sperrholz und Papier wird von großen Einzelhandelsketten wie Leroy Merlin verkauft, in hochkarätigen Bauprojekten wie für die Olympischen Spiele in London und dem Trump Tower Toronto sowie in der Verpackung von Mars und Kitkat-Süßigkeiten verwendet. Gemeinsam kontrollieren diese mit Oligarchen



Foto: iStock/Natalya Bosyak

verbundenen Unternehmen russische Wälder, die zusammen so groß sind wie Frankreich. Wälder, in denen wertvolle Wildtiere wie sibirische Tiger, Luchse und Braunbären leben. Viele der hier vorgestellten Lieferanten und Käufer wurden bereits wegen illegaler oder zerstörerischer Abholzung hochwertiger Wälder in Russland oder wegen des Kaufs von illegalem russischem Holz aufgedeckt.“ Diese Recherche machte klar, dass der freiwillige Handelsverzicht einzelner Unternehmen nicht ausreicht, damit die Holzbranche nicht in Putins Kriegskasse einzahlt.

Am 11. März schlug das russische Industrie- und Handelsministerium höchst selbst vor, die Ausfuhr von Holz und holzverwandten Produkten wie Rohstoffen für die Papier- und Sperrholzproduktion in „unfreundliche Länder“ bis zum Ende dieses Jahres zu verbieten. So war die Europäische Union in ihrer schleppenden Entscheidungsfindung aus dem Schneider. Die Europäische Kommission und die national zuständigen Behörden aus 27 europäischen Ländern, die meisten davon EU-Mitgliedstaaten, rangen sich dann am 16. März durch, zumindest die Einfuhr von Holz und Holzzeugnis-

sen aus Belarus unter Strafe zu stellen. Erst am 8. April wurden derartige Regelungen auch für Holz und Holzprodukte aus Russland entschieden. Die Umbrüche im Holzhandel verursachten bereits Anfang März einen Preisanstieg in Österreich und Deutschland von Holz von rund 20 Prozent.

Die ukrainischen Wälder für die russische Armee?

Ein gänzlich anderes die Wälder betreffendes, verstörendes Dokument veröffentlichte der ukrainische Geheimdienst am 16. März: Danach plane Russland eine massive Abholzung der ukrainischen Wälder, um Platz für Befestigungen, Verteidigungsanlagen und andere militärische Zwecke zu schaffen und den Erlös aus dem Holz dem russischen Verteidigungsministerium zur Verfügung zu stellen. „Das letzte Mal, dass dies auf dem Territorium der Ukraine geschah, war während der Nazi-Besetzung“, so das Direktorat des ukrainischen Geheimdienstes, „als die Invasoren materielle und natürliche Werte zerstörten und exportierten.“ Ein Ökozid sei geplant. Das Dokument konnte nicht eindeutig auf Echtheit überprüft werden, zeigt aber, zu welch

einem Politikum das Ökosystem Wald im Krieg werden kann.

Der Wald als Zufluchtsort?

Viele Flüchtende, die in den letzten Monaten hinter der ukrainischen Grenze in den polnischen Wäldern Zuflucht suchten, fühlten sich dort keinesfalls sicher. Nicht möglich? Doch! Und zwar erlebten das all die Menschen, die auf der Flucht aus Afghanistan, Syrien und anderen außereuropäischen Ländern waren und sind. Sie frieren und leiden in den Wäldern Polens, nachdem sie die belarussisch-polnische Grenze übertreten haben. Sie harren dort aus und es ist unter Strafe gestellt, ihnen Essen, Medizin und andere Hilfe zukommen zu lassen.

Denn so wundervoll und richtig die unendliche Hilfsbereitschaft gegenüber den flüchtenden Menschen aus der Ukraine ist, so unbarmherzig und unmenschlich tritt die „Festung Europa“ Menschen gegenüber auf, die aus anderen Kriegs- und Krisengebieten über die Route Belarus-Polen bei uns Zuflucht suchen. Die wenigen Aktivist*innen, die trotz der drohenden Strafen helfen, sind die wahren Held*innen der



Foto: iStock/Tatjana Strichuk

Geflüchtetenarbeit Polens. Die Grenz-wälder Polens sind stumme Zeugen dieser fortwährenden europäischen Menschenverachtung.

Der Wald und die Energiepolitik

Mit dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine ging auch ein Ruck durch die europäische Energiepolitik. Die Abhängigkeit von russischem Gas wurde schlagartig zum Problem. Schnell wurden Rufe nach einem Stopp des Kohleausstiegs und gar nach einer Rückkehr zum Atomzeitalter laut. Die ersten praktischen Schritte der Bundesregierung verhießen nichts Gutes: Flüssiggasterminals in deutschen Häfen und Habecks Besuch in Katar zementierten klima- und artenschädliche Wärme- und Energiestrategien, soziale Ungleichheiten und die Abhängigkeit von despotischen und menschenrechtsverletzenden Staaten. Dem Ausbau von Erneuerbaren Energien wurde unterdes weit weniger Raum eingeräumt. Und dazu – als könne es immer noch schlimmer kommen – wurde der Rohstoff Holz von der Energieholzlobby mit Nachdruck als Austauschstoff für Gas und Kohle ins Gespräch gebracht.

Die österreichische Holz- und Biomassebranche reagierte schon am 2. März mit einer gemeinsamen Pressemitteilung. Sie forderte einen massiven Ausbau der Biomasse, unterstützt durch staatliche Subventionen von zwei Milliarden Euro. Und das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft

und Klima ließ bei der Vorstellung der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes am 3. März verlautbaren, es könne kurzfristig zu einer Stärkung der Bioenergie kommen.

Die EU reagierte hingegen in ihrem am 3. März mit einem aufgrund der russischen Invasion der Ukraine erstellten Energieplans dagegen einigermaßen besonnen – kein Ruf nach Kohle- oder Atomenergie. Die EU bleibt bei Gas, Gas und nochmals Gas und nennt als weitere Maßnahme den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Biomasse oder gar Energieholz werden nicht explizit genannt. Für den privaten Sektor ist jedoch schon eine starke Zunahme an Brennholzkäufen und Pelletkäufen auszumachen. Viele Hausbesitzende füllen bereits jetzt, also weitaus früher als sonst, ihre Holzlager für den nächsten Winter.

Krieg und Wald - ein Fazit

Der Krieg Russlands in der Ukraine wirbelt den Holzmarkt Europas durcheinander. Russland als größter Holzexporteur der Welt, ist raus aus dem Geschäft – zumindest aus dem europäischen. Das ist richtig so. Angesichts eines in Europa tobenden Kriege sollten Preissteigerungen beim wertvollen Rohstoff Holz tragbar sein. Was diese Marktverschiebung konkret für die Wälder bedeutet, kann bisher nur gemutmaßt werden. Im besten Falle wird global deutlich sparsamer mit dem Rohstoff Holz umgegangen. Wahrscheinlicher ist die schnelle Kompensation des

Holz Mangels durch eine Steigerung des Abholzens anderer wertvoller Wälder, z.B. in den Karpaten oder in Skandinavien. Im schlimmsten Fall verlieren wir zeitgleich auch die russischen Wälder an die Rüstungsindustrie.

Schon immer haben die Wälder unter den Kriegen gelitten. Und die mutwillige Zerstörung von Ökosystemen der gegnerische Kriegspartei ist altbekannte, traurige Praxis. Doch was uns und die Wälder noch grundlegender und weitreichender treffen wird, ist der mögliche Trend, aufgrund des Wegfalls von russischem Gas die großindustrielle Verbrennung von Wäldern voranzutreiben. Mit unserer ROBIN WOOD-Kampagne gegen das Verfeuern von Wäldern zeigen wir schon lange, wie hoch der Druck auf die Wälder weltweit durch den europäischen Energiehunger ist.

Der Zusammenhang zwischen steigenden Abholzungen und Kahlschlägen und dem Bedarf an Energieholz ist im letzten Jahrzehnt unübersehbar. Wir dürfen das CO₂ unserer Wälder nicht noch beschleunigter in die Atmosphäre blasen, wertvolle Habitate zerstören und uns der Klimaminderungsleistung der Wälder entledigen!

Wenn wir diesem Trend jetzt keinen Riegel vorschieben, hat Putin einen erheblichen und über Jahrzehnte hinweg wirkenden Beitrag dazu geleistet, unsere Klimaziele zu verfehlen und den Planeten an zuheizen. Ein erster wichtiger Schritt wäre es, Holz in der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie der EU nicht mehr als erneuerbare Energie und damit nicht mehr als förderungswürdig zu bewerten. Der Krieg darf nicht vor dem Hintergrund einer seit Jahrzehnten vermässelten Energie- und Wärmewende dazu führen, dass nun unsere Wälder verfeuert werden. Gerade auch in Kriegszeiten müssen wir in Europa jetzt die richtigen Signale senden, dass auch dem Artensterben und der Klimakrise strikt begegnet wird. Unsere Wälder müssen deshalb unantastbar werden für die Verbrennungskessel der Kraftwerke – für den Frieden!

Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin, wald@robinwood.de



Foto: ROBIN WOOD / Eberhard Linckh

Wels, 6. April 2022: Protest gegen die klima-, arten- und gesundheitsschädliche Holzverbrennung vor der international führenden Pellet-Konferenz in Österreich

Weiter auf dem Holzweg

Vor etwa einem Jahr startete ROBIN WOOD eine Petition, die sich gegen die Verbrennung von Biomasse in Großkraftwerken in Deutschland richtet. Dank Ihrer Unterstützung haben wir inzwischen weit mehr als 75.000 Unterschriften gesammelt! Und unsere Kampagne hat erste Erfolge: So ist der Ausbau des Tiefstack-Kraftwerks in Hamburg erst einmal gestoppt! Doch an anderen Standorten gehen die Planungen für die Verbrennung von Holzbiomasse weiter oder nehmen Fahrt auf. ROBIN WOOD bleibt dran! Auch auf EU-Ebene sind wir weiter aktiv, denn die Richtlinien zur Holznutzung werden dort für alle Mitgliedsstaaten geregelt.

Als wir die Petition gegen die Verbrennung von Holz in Großkraftwerken starteten, lag unser Schwerpunkt auf der geplanten Umrüstung der Kohlekraftwerke in Hamburg und Wilhelmshaven. Seitdem hat sich viel getan. Die Umrüstung des Tiefstack-Kraftwerks in **Hamburg** ist ins Stocken geraten und liegt seit fast einem Jahr auf Eis. Was wir nun brauchen, ist eine klare Aussage, dass diese Pläne nicht weiter verfolgt werden. Aber die Biomasseunternehmen erwägen weitere Standorte für die Verbrennung von Holzbiomasse in Deutschland, z.B. in Cuxhaven, Duisburg, Bremen, Mannheim, Hannover und Berlin.

Berlin plant klimaneutral zu werden. Im Rahmen dessen hat die Stadt im vergangenen Jahr eine Vereinbarung mit Vattenfall unterzeichnet, die vorsieht, dass das Unternehmen die Stadt in den nächsten zehn Jahren mit Energie aus „nachhaltiger“ Biomasse versorgt. Bereits 88.000 Tonnen Holz

verbrennt Vattenfall in den Kraftwerken Märkisches Viertel und Moabit. Nun plant das Unternehmen, seine Produktion bis 2027 auf fast das Sechsfache, nämlich 450.000 Tonnen, zu steigern. Doch woher soll die Holzbiomasse für Berlin und all die vielen anderen Standorte kommen?

Die Holzheizwerke **Cuxhaven** GmbH baut bereits seit 2020 ein neues Holzkraftwerk auf dem Cuxhavener Hafengelände. Woher das Holz dafür kommen soll, ist unklar. Klar ist aber, dass die Lage am Hafen besonders gut für Schiffsimporte geeignet ist. Damit würden wir weiter Wälder in anderen Ländern für unseren Energie- und Wärmehunger zerstören. Trotz der Bedenken eines breiten Protestbündnisses gegen das Holzheizwerk wird weitergebaut. Deshalb veranstalteten wir Anfang des Jahres mit dem BUND Cuxhaven, Parents for Future Cuxhaven, Fridays for Future Cuxhaven, den Grünen, der Deutschen Umwelthilfe, Biofuelwatch aus Großbritannien und Save Estonian Forests eine Onlinekonferenz und luden die Kraftwerkbetreiber, Politiker*innen und die Menschen vor Ort ein, das Thema zu diskutieren. Viele Interessierte, auch aus der Lokalpolitik, ein Mitglied des Europäischen Parlaments und selbst der zukünftige Betreiber nahmen an der Onlinekonferenz teil und diskutierten reg. Die Behauptung des Betreibers, dass Holzverbrennung in Cuxhaven nachhaltig sei, konnten leicht widerlegt werden.

Auch in **Duisburg** brodelt es. Das Kohlekraftwerk Walsum 10, das seit 2013 in Betrieb ist, soll nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz bald schließen. Die Eigentümer

überlegen sich Alternativen. Eine davon ist die Umrüstung auf Holzbiomasse. Im Februar veranstalteten wir dazu eine Onlinekonferenz und luden Umweltverbände sowie Vertreter*innen der politischen Parteien aus Duisburg ein. Schnell war klar, dass niemand die Umrüstung auf Holzbiomasse für eine gute Lösung hält. Wir beschlossen einen offenen Brief an den Treuhänder zu schreiben, der das Unternehmen nach finanziellen Problemen übernommen hatte. In unserem Brief warnten wir den Treuhänder vor den Auswirkungen der Verbrennung von Holzbiomasse und forderten ihn auf, diese Pläne sofort zu stoppen.

Zusätzlich zu den von ROBIN WOOD organisierten Onlinekonferenzen wurde unsere Waldreferentin Jana Ballenthien zu verschiedenen Veranstaltungen zum Thema Wald und Biomasseverbrennung eingeladen, z.B. zum renommierten Alternativen Bioökonomiegipfel des denkhausbreiten und zu einer Veranstaltung von WeMove gegen das Verfeuern unserer Wälder, an der über 100 Menschen teilnahmen. Es ist motivierend zu sehen, wie viele Menschen wir so erreichen konnten. Tag für Tag entlarven wir den Mythos, dass die Verbrennung von Biomasse klimafreundlich ist.

Wir sind weiterhin auf EU-Ebene aktiv

Die Verbrennung von Holzbiomasse wird auf EU-Ebene im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED) als eine erneuerbare Energiequelle betrachtet. Dadurch können die EU-Staaten sie auf ihre Ziele für Erneuerbare Energien anrechnen und die Holzverbrennung subventionieren, was die Kosten für Biomasseunternehmen massiv senkt – eine Katastrophe für unsere Wälder, unsere Gesundheit und unseren Planeten! Im Jahr 2021 schlug die Europäische Kommission eine Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie vor, um sie an den europäischen Green Deal anzupassen. Dies war unsere Chance, etwas zu bewegen. Seitdem setzen wir uns, gemeinsam mit einem Netzwerk aus Bündnispartner*innen aus anderen EU-Ländern, dafür ein, dass die Verbrennung von Holzbiomasse als Form der Erneuerbaren Energie aus der Richtlinie gestrichen wird. Obwohl die Biomasseindustrie eine starke Lobbyarbeit



Foto: Ole V. Wagner

Eine Katastrophe für die Wälder: Die EU stuft die Holzverbrennung als Erneuerbare Energie ein

betreibt, haben wir glücklicherweise einige Mitglieder des EU-Parlaments auf unserer Seite und auch einige Kommissionsmitglieder kommen ins Grübeln. Unsere zuständigen Minister*innen im Europäischen Rat werden von uns durch Briefe und Gespräche beraten und wir legen Hoffnung auf eine progressive Position Deutschlands als Mitgliedstaat. Aktuell sind wir dabei, auch die nationalen Entscheidungsträger, allen voran Bundesumweltministerin Steffi Lemke und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, an ihre Verantwortung zu erinnern. Wir konfrontieren sie mit dem Stand der Forschung und den Bildern, die die zerstörerische Energieholzproduktion verdeutlichen.

Am 6. April fuhren ROBIN WOOD-Aktive nach Österreich. Dort fand die nach eigener Aussage führende internationale Pellet Konferenz, die "European Pellet Conference" statt. Die deutsche Pelletindustrie und auch der weltgrößte Pelletproduzent Enviva waren vor Ort. ROBIN WOOD protestierte zusammen mit dem niederländischen „Comité Schone Lucht“ und Unterstützer*innen aus Wien vor dem Haupteingang mit einer augenfälligen Kletteraktion mit großem gelben Banner. Wir signalisierten: An unserem Protest kommt ihr nicht vorbei, auch nicht in Österreich, einem Land, in dem der Protest gegen die klima-, arten- und gesundheitsschädliche Holzverbrennung erst startet.

Future on Fire: In ganz Europa wird wertvolles Stammholz weiterhin verbrannt

Unsere Aktion in Österreich kam zum richtigen Zeitpunkt. Einen Tag zuvor veröffentlichten wir mit der Forest Defenders Alliance, einem transatlantischen Zusammenschluss von Waldnaturschutzorganisationen, zu denen ROBIN WOOD gehört, den Report „Future no Fire – How the EU Burns Trees in the Name of Renewable Energy“. Darin finden sich zahlreiche Fotos der Holzlager von Holzbiomassekraftwerken und Pelletproduktionsstätten in ganz Europa. Nirgendwo, aber wirklich nirgendwo wurden Sägereeste oder Restholz vorgefunden. In ganz Europa landet wertvolles Stammholz in den Öfen. Die Legende der Nachhaltigkeit der Holzverbrennung durch das Verbrennen von nicht anders nutzbaren Resten ist mit diesem Report ein für allemal widerlegt. Europa und Deutschland – hört auf, unsere Wälder zu verfeuern!

Engagieren Sie sich gemeinsam mit ROBIN WOOD für unsere Wälder. Unterstützen Sie unsere Kampagnen. Beteiligen Sie sich an unseren Aktionen, entweder vor Ort oder über die sozialen Medien. Informieren Sie andere über die Holzbiomasse-Problematik. Treten Sie mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Ihrem Bundesland in Kontakt und fordern Sie sie auf, gegen die Holzbiomasseverbrennung zu stimmen. Denn gemeinsam sind wir stark!

Patricia Ngati & Jana Ballenthien, ROBIN WOOD
Hamburg, patricia.ngati@robinwood.de
wald@robinwood.de

Neuer Bericht: Future on Fire

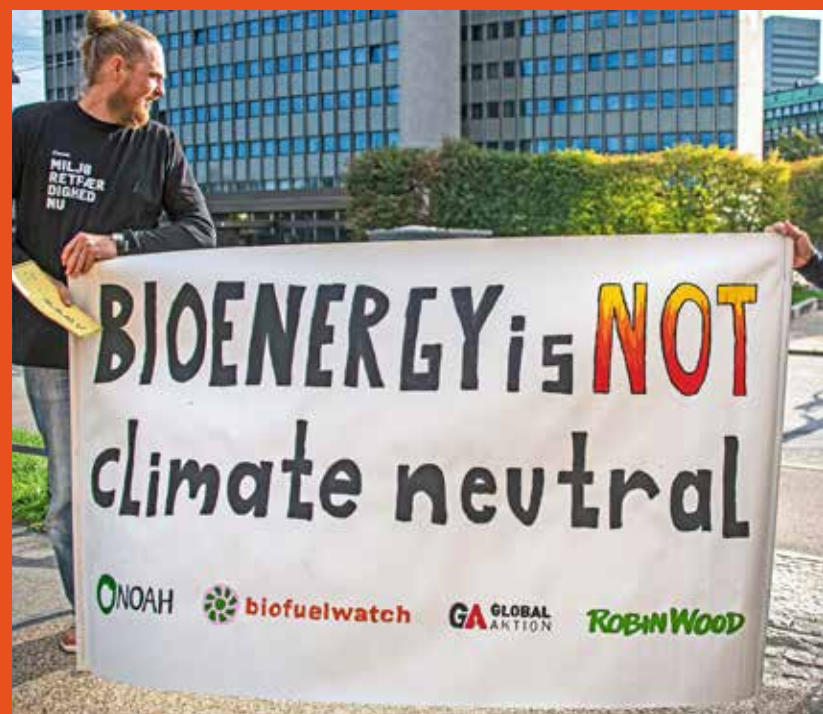
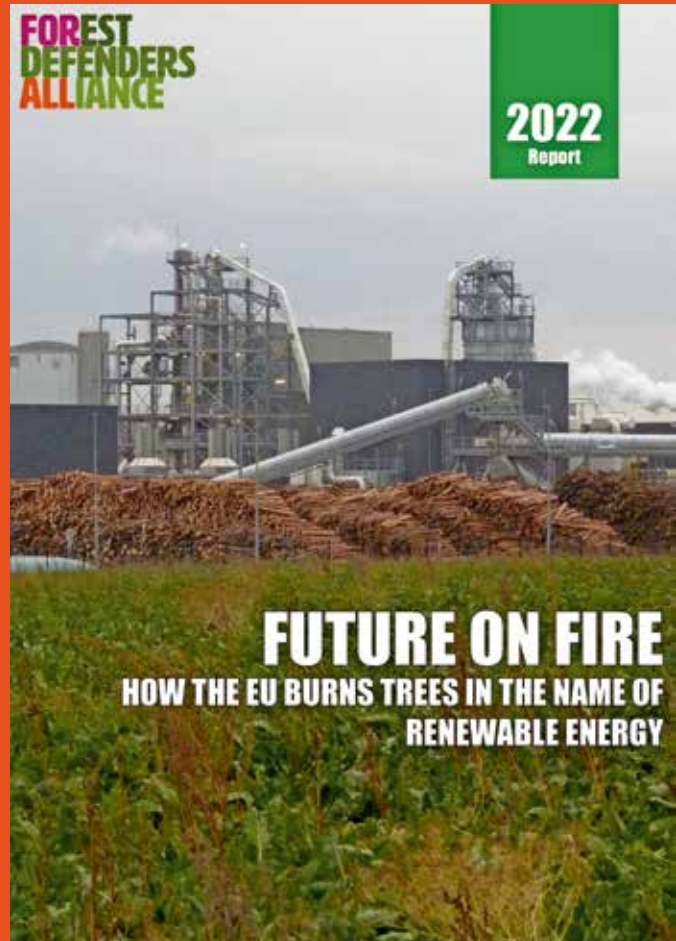
Die Verbrennung von Bäumen zur Gewinnung vermeintlich Erneuerbarer Energie ist aufgrund ihrer Auswirkungen auf das Klima und das Ökosystem zunehmend umstritten. Anfang April veröffentlichte die Forest Defenders Alliance, ein transatlantischer Zusammenschluss von Waldnaturschutzorganisationen, zu denen ROBIN WOOD gehört, den Report „Future no Fire – How the EU burns trees in the name of Renewable Energy“. Die Autor*innen haben darin die Verwendung von Baumstämmen („Stammholz“) in mehreren Holzkraftwerken und Holzpelletfabriken in der EU anhand von Satellitenbildern und Fotos vor Ort untersucht. Für die deutschen Standorte hat sie ROBIN WOOD dabei unterstützt.

Trotz der Behauptung, dass vornehmlich Sägespäne und andere Holzabfälle als Brennstoff genutzt würden, beweisen die Recherchen, dass auch ganze Baumstämme verbrannt werden. Diese Praxis, so warnen Wissenschaftler*innen, erhöht die Treibhausgasemissionen und schädigt die Wälder. Mit mehr als 405 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr, die im Rahmen der EU-Politik für erneuerbare Energien als „Null“ gezählt werden, emittiert die Bioenergie etwa so viel CO₂, wie die gesamten gemeldeten Emissionen von Polen oder Italien. Holz, das direkt aus den Wäldern stammt, ist dabei die größte Brennstoffquelle, und etwa die Hälfte des in der EU geernteten Holzes wird zur Energiegewinnung verbrannt. Außerdem importiert die EU zunehmend Holzpellets und Hackschnitzel aus den USA, Kanada, Russland, dem Baltikum und dem globalen Süden, wo riesige Holzpelletfabriken für die Abholzung natürlicher Wälder verantwortlich sind.

Deutschland ist noch nicht im Big Business der industriellen Verbrennung von Holz. Dennoch lagern an den vereinzelt Holzbiomassekraftwerken riesige Berge von Baumstämmen. Für eine höhere Nachfrage müssen mehr Bäume gefällt werden – das würde die europäischen Wälder gefährden. Die Bilder in diesem Bericht sind ein klarer Beweis dafür, dass die Biomasse- und Pelletindustrie in der EU, auch in den neuesten Anlagen, bei weitem nicht nur Sägewerksrückstände oder kleine Äste aus dem Holzeinschlag verwendet, sondern auch Stammholz – genau wie die berüchtigten Pelletproduzenten in weniger regulierten Regionen wie den USA, Kanada und Russland.

Die EU-Bioenergiepolitik versagt hier und stellt jedes Jahr Milliarden für eine Industrie bereit, die die Klimaziele und die Ziele zum Erhalt der Biodiversität der EU eindeutig untergräbt. Um der Wälder und des Klimas Willen ist es an der Zeit, dass die EU die Waldbiomasse aus der Richtlinie für erneuerbare Energien herausnimmt.

Den kompletten Report finden Sie hier im Internet:
https://forestdefenders.eu/wp-content/uploads/2022/04/FDA-Future-on-Fire-April-5-2022_final.pdf



2021: Protest in Kopenhagen gegen das industrielle Verbrennen von Holz

ALLE 90 SEKUNDEN
GERODET:
1 FUSSBALLFELD



Bei einer Bündnisaktion Anfang Februar machten die Aktiven mit einem riesengroßen Transparent auf dem Fußballfeld des FC Lichtenberg in Berlin auf die ungebremste Waldvernichtung aufmerksam

Foto: Nina Neuscheler/ROBIN WOOD

„Entwaldungsfreie Lieferketten“ – es geht um mehr als um Wald!

Der Rohstoff-Hunger Europas führt zu immer mehr Raubbau und Waldverlusten weltweit. Um hier gegenzusteuern, legte die EU-Kommission am 17. November 2021 einen ersten Gesetzentwurf gegen Entwaldung und Degradierung von Wäldern vor. Aber der ausschließliche Fokus auf die Wälder könnte das Gesetzesvorhaben noch ad absurdum führen.

ROBIN WOOD hatte den Gesetzentwurf bereits im letzten Jahr kommentiert: Er kann ein wichtiger Beitrag zum Schutz von Wäldern werden, doch er braucht in wesentlichen Punkten Nachbesserung. So sollten nicht nur Wälder im Fokus stehen, sondern auch andere wertvolle Ökosysteme wie Feuchtgebiete, Grasland oder Baumsavannen, die häufig ebenfalls durch den Anbau von Agrar-Rohstoffen degradiert und zerstört werden.

Außerdem soll dieses Gesetz nur für besonders „entwaldungskritische“ Rohstoffe gelten, und zwar für Palmöl, Soja, Rindfleisch, Kaffee, Kakao und Holz und für bestimmte Produkte, wie Leder, Schokolade und Möbel.

Es fehlten aber sowohl kritische Hauptrohstoffe wie Kautschuk und Mais, als auch Produkte wie Palmölderivate oder Grillkohle. Zusammengefasst würde der Fokus auf Wald als einziges Ökosystem und die unvollständige Rohstoffliste zu Verlagerungseffekten führen und das Gesetzesvorhaben zu einem Papiertiger werden lassen.

Petition: 50.000 Menschen für entwaldungsfreie Lieferketten

Seit der Vorstellung des Gesetzentwurfs im November ist einiges passiert. ROBIN WOOD startete Anfang Februar zeitgleich mit der Bündnisaktion auf dem Fußballfeld des FC Lichtenberg 47

(siehe Tatort Seite 8) eine EU-weite Online-Protest-Aktion: Per E-Mail konnten Sie sich an die zuständigen Ministerien wenden. Mehr als 50.000 Menschen haben mitgemacht! Herzlichen Dank dafür! Pünktlich zum Treffen des EU-Umweltrats Mitte März wurden alle Protest-E-Mails versandt – in Deutschland an Bundesumweltministerin Steffi Lemke und Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir.

Der EU-Umweltrat diskutiert

Nachdem die EU-Kommission ihren Gesetzentwurf vorgelegt hatte, sind nun sowohl das EU-Parlament als auch der Rat am Zuge. Der Umweltrat der EU traf sich am 17. März dieses Jahres und diskutierte den Entwurf – jeder Mitgliedsstaat hatte drei Minuten Zeit, seinen Standpunkt vorzutragen. Alle Minister:innen sprachen sich zwar

für das Lieferkettengesetz aus, viele warnten jedoch vor zu komplexen und zu teuren Regelungen oder einer Störung der Lieferketten. Einige forderten Nachbesserungen in Bezug auf die sehr schwache Definition von Wald und eine Klärung in Bezug auf Walddegradierung. Andere waren damit zufrieden. Und noch andere forderten eine differenzierte Betrachtung von Waldwirtschaft innerhalb der EU. Demzufolge müssten sich die Vorgaben für eine „nachhaltige Waldernte“ an nationale Praktiken anpassen, eine Vielfalt der Waldbewirtschaftungsformen müsse möglich sein, sprich: Keine Einschränkungen für Kahlschläge in Europa.

Steffi Lemke blieb in ihrem Beitrag sehr oberflächlich, andere Minister:innen wurden konkreter, sprachen sich für eine Erweiterung der Produktpalette aus oder auch für die Integration



Foto: iStock/Ska_Zka

Im Gesetzentwurf der EU-Kommission gegen Entwaldung und Degradierung von Wäldern fehlten zunächst kritische Rohstoffe wie Kautschuk

weiterer Ökosysteme neben Wald. Der Ansatz der Geolokalisation von Anbaufläche oder Produktionsstandort wurde wegen potentieller Schwierigkeiten in der Umsetzung teils kritisch gesehen, von anderen Mitgliedstaaten jedoch begrüßt.

Die Umweltminister:innen werden das nächste Mal am 28. Juni zusammenkommen. Beobachter:innen erwarten von der französische EU-Ratspräsidentschaft, die Minister:innen bis dahin zu einem gemeinsamen Standpunkt zu drängen.

Aus dem Parlament liegt ein erster Zwischenstand vor, der sogenannte **Hansen-Report**. Christophe Hansen ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Berichterstatter zu allen Entwicklungen der Verordnung. Am 24. März legte er seinen ersten Entwurf vor, in dem er Änderungen, Ergänzungen und Streichungen gegenüber dem Gesetzentwurf der Kommission vom 17. November kenntlich machte, hier einige Beispiele:

Erweiterte Produktpalette: Es gibt laut Hansen-Report zahlreiche Änderungen – die meisten zum Besseren. Neben Rindfleisch, Soja, Palmöl, Kaffee, Kakao und Holz soll die Verordnung nun auch für Kautschuk gelten! Das ist ein riesiger Erfolg! Außerdem gibt es weniger Ausnahmen für Untergruppen der Produkte – beispielsweise sind nun auch Palmöl-Derivate und Palm-

kernöl-Derivate inbegriffen. Fatal allerdings: Rindsleder und andere Produkte wurden wieder rausgeschmissen!

Neuer Absatz zu Kleinbauern und -bäuerinnen: Im Gesetzentwurf wurde bisher nur in einem Nebensatz erwähnt, dass sich die Verordnung negativ auf die Bäuer:innen auswirken könne. Mehr als ein Vermerk, sich dem Problem anzunehmen und die Zusammenarbeit zu stärken, war in dem Schriftstück jedoch nicht zu finden. Hansen schlägt nun vor, dass Unternehmen internationale Standards zu den Rechten indigener Völker und lokaler Gemeinschaften (IPLC) einhalten. Außerdem sollen sie über Maßnahmen berichten, die Kleinbäuer:innen unterstützen, die Vorschriften des Lieferkettengesetzes einzuhalten.

Geolokalisation: Laut Gesetzentwurf soll die Produktionsstätte bzw. das Feld, auf dem z.B. der Kaffee angebaut wird, per Standortkoordinaten bestimmt werden. Damit können Produkte zurückverfolgt und Entwaldung ausgeschlossen werden. Im Hansen-Report gibt es eine entscheidende Änderung – nicht die Koordinaten des Kaffeefeldes („plot of land“) sondern des Anbaubereiches („production area“) sind nunmehr nötig. Mit dieser Erweiterung vom Feld auf das Anbaubereich (per Definition das Feld, der Betrieb, die Plantage, die Kooperative oder das Dorf) will man Kleinbäuer:innen

Etwa 80 Prozent der globalen Entwaldung ist auf landwirtschaftliche Produktion zurückzuführen. Zahlreiche Selbstverpflichtungen der Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten haben keine Abhilfe geschaffen: Die Landwirtschaft ist bis heute die Hauptursache für die Zerstörung von Lebensräumen, von Wäldern und anderen wertvollen und artenreichen Ökosystemen. Daher ist eine gesetzliche Regelung überfällig.

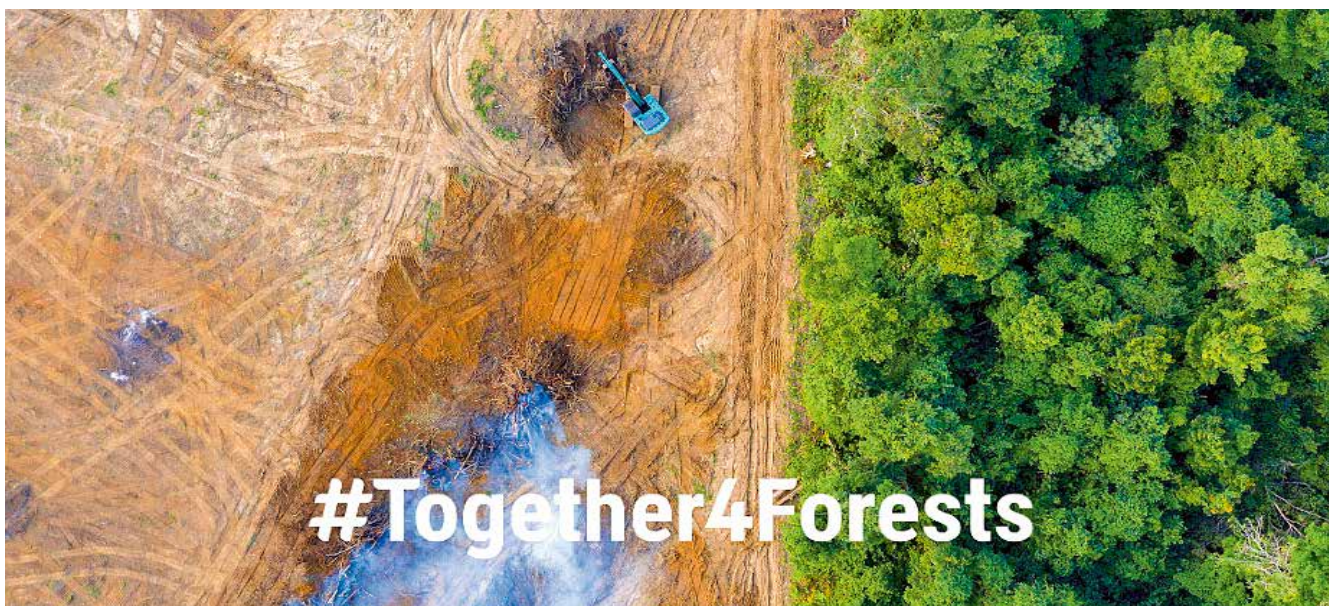
entgegenkommen. Sie kann jedoch die Geolokalisation leider auch wirkungslos werden lassen.

Wie geht es jetzt weiter?

Der Vorschlag wird nun unter den 27 Mitgliedsstaaten und im Europäischen Parlament, insbesondere im Umweltausschuss, diskutiert. Dort soll über Hansens Bericht im Juli abgestimmt werden, vielleicht mit Änderungen durch die Gesetzgeber, und dann im September im Parlament. Gleichzeitig wird die Idee in der Welthandelsorganisation (WTO) zunehmend in Frage gestellt. Das zeigt, wie sensibel und konfliktträchtig das Thema ist.

Mehr Infos siehe auch unter: www.robinood.de/pressemitteilungen/importierte-entwaldung-stoppen

Fenna Otten, ROBIN WOOD
tropenwald@robinwood.de





Fotos: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Aktion in Natur: ROBIN WOOD-Frühjahrstreffen 2022

Eschede, März 2022: Vom 24. bis 27. März kamen rund 25 ROBIN WOOD-Aktive in der Nähe von Eschede auf einem Bio-Hof zusammen, um sich zu vernetzen und gemeinsam in Theorie und Praxis weiterzubilden. Dies war seit dem Beginn der Corona-Pandemie das erste Aktiventreffen, das wieder in Präsenz stattfinden konnte.

Vor Ort wurden diverse Workshops und Vorträge organisiert: Bei „Bewegen im Dunkeln“ und „Aktionsformen neu denken“ wurden neue Fähigkeiten und Anregungen für zukünftige Aktionen vermittelt und erlernt.

Bei weiteren Programmpunkten stand die Konzeption und Reflektion im Vordergrund. So gab es Beiträge zu Awareness, Ableismus im Aktivismus, zum Selbstverständnis und zur Aktivenunterstützung bei ROBIN WOOD. Für eine kulinarische, vegane Versorgung sorgte ein dreiköpfiges ehrenamtliches Küchenteam.

Das sommerliche Wetter machte es den Aktivist*innen möglich, viel Zeit draußen in der Natur zu verbringen, so dass auch trotz des vollen Programms abends am Lagerfeuer Geschichten von vergangenen Aktionen erzählt werden konnten. Natürlich wurde bei all dem das Corona-Hygienekonzept eingehalten. Alles in allem war das Frühjahrstreffen ein voller Erfolg und ein weiteres Aktiventreffen wird nun für den Herbst geplant.

Moritz Heck macht sein FÖJ bei ROBIN WOOD-Hamburg



Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Energie und Mobilität. Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen, siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen. Dort, wo es keine Gruppen gibt, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und Pressearbeit

und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional in Fachgruppen, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD finden Sie online unter www.robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920, info@robinwood.de



Foto: iStock/MyPurgatoryyears

Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Ihn zu ernten und zu verheizen, ist die denkbar schlechteste Form, ihn zu nutzen. Vielmehr sollte Holz sparsam und für langlebige Produkte eingesetzt werden

Ofen aus!

Mit Holz zu heizen schafft wohlige Wärme für Zuhause, lässt an Natur, Sauna-Entspannung und Skandinavien-Urlaub denken. Gerade weil wir dringend aus fossilen Energien wie Kohle, Gas und Erdöl aussteigen müssen, wäre Holz doch eine prima Option. Das denken viele. Doch inzwischen werden die Schattenseiten des Holzverfeuerns immer deutlicher. Es gibt bessere Alternativen.

Dass es qualmt und rußt, wenn ein Feuer brennt, weiß jede*r. Die Ausmaße der Umweltbelastung durch Emissionen aus Kaminöfen, die das Umweltbundesamt im Februar dieses Jahres öffentlich machte, überraschte dann aber doch. Die Kaminöfen würden inzwischen mehr Feinstaub ausstoßen als die Motoren der Autos, rüttelte der Präsident des Amtes, Dirk Messner, mit einem anschaulichen Vergleich die Öffentlichkeit wach. Unter den Luftschadstoffen stellt Feinstaub die größte Bedrohung dar und führt zu zahlreichen Krankheiten und vorzeitigen Todesfällen. Messner empfahl daher, auf das Verheizen von Holz künftig zu verzichten.

Zu den enormen gesundheitlichen Belastungen durch die Luftverschmutzung kommen ökologische. Wenn mehr Holz in Kaminen und Pelletöfen verfeuert wird, steigt der Nutzungsdruck auf die ohnehin schon durch den Klimawandel sowie Luftschadstoffe geschwächten und übernutzten Wälder. Noch empfehlen Energieberater*innen die Holzpellettheizung fürs ökologische Bauen, und der Absatz boomt: Bei Holzpellettheizungen gab es in 2021 mit 51 Prozent den stärksten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, teilte der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie mit. Rund 2,7 Millionen Tonnen Holzpellets wurden im vergangenen Jahr in Deutschland verbrannt.

Selbst wenn auch nur ein relativ geringer Anteil der Menschen, die heute noch mit Öl oder Gas heizen, auf Holzverbrennung umstellen würde, würde sich der Bedarf an Energieholz vervielfachen. Durch Holz aus Deutschland ließe sich dieser Bedarf nicht decken, so dass anderswo auf der Welt Wälder für unsere warmen Wohnzimmer zerstört würden.

Dabei sind naturnahe Wälder existentiell wichtig für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Die Menschheit ist schon jetzt mit einem rasanten Artensterben konfrontiert, das ebenso lebensbedrohlich ist wie der Klimawandel. Selbst Wälder mit hoher Artenvielfalt, etwa in den Natura-2000-Gebieten der rumänischen Karpaten, im Baltikum oder in Skandinavien, sind nicht wirksam geschützt und vor dem Einschlag für Brennholz gefeit.

Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Ihn zu ernten und zu verheizen, ist die denkbar schlechteste Form, ihn zu nutzen. Vielmehr sollte Holz sparsam und für langlebige Produkte eingesetzt werden. Das hat auch die rot-grün-gelbe Bundesregierung erkannt und in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die „Kaskadennutzung als Grundsatz“ zu verankern. Wenn dies, etwa im Hausbau, auch umgesetzt wird und zugleich Wälder naturnah bewirtschaftet werden sowie zehn Prozent der Landflächen gemäß der die EU-Biodiversitätsstrategie streng geschützt werden sollen, dann fehlt schlichtweg Holz, um es für die Energieproduktion einzusetzen.

Holz zu verfeuern, ist auch nicht klimafreundlich. Es setzt pro Energieeinheit mindestens ebenso viel Kohlendioxid frei wie das Verfeuern von Kohle. Die Treibhausgase, die durch die Holzverbrennung und durch die Schädigung der Waldböden in die Atmosphäre gelangen, werden – wenn überhaupt – erst nach vielen Jahrzehnten oder Jahrhunderten wieder vollständig durch neue Bäume gebunden werden. Diese Zeit fehlt. Es sind gerade die nächsten zwei Jahrzehnte, die für die Bekämpfung der Klimakrise entscheidend sind. Besonders die alten, struktur- und artenreichen Wälder sind stabile CO₂-Speicher und somit für den Klimaschutz unersetzlich.

Keine Förderung für die Holzverbrennung!

Aus diesen Gründen fordert ROBIN WOOD die Regierungen in Deutschland und der EU auf, sämtliche finanziellen Anreize, Holz zu verfeuern zu streichen. Das Verbrennen von Waldholz verdient keine Förderung und sollte aus der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie gestrichen werden.

Auch eine Einstufung der Holzverbrennung in der EU-Taxonomie als grünes Investment muss rückgängig gemacht werden. ROBIN WOOD und weitere

NGOs haben die EU-Kommission daher aufgefordert, die entsprechende Rechtsvorschrift zu korrigieren und werden die Kommission – falls sie nicht einlenkt – vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

Gerade mit Blick auf den entsetzlichen Krieg in der Ukraine steigt der Druck, ohne Gas, Kohle und Öl aus Russland auszukommen noch einmal stark. Öffentliche Mittel und privates Kapital werden dringend dafür gebraucht, die Energieversorgung sicher, unabhängig von Importen, klimafreundlich und ohne den Einsatz von Verbrennungstechnologien zu gestalten. Ganz oben auf die

Agenda für eine Wärmewende gehören dabei Investitionen in die energetische Gebäudesanierung sowie systematische Anreize zum Energiesparen. Denn die beste Energie ist die, die gar nicht verbraucht wird.

Klimaagenturen und Energieberatungen müssen jetzt umdenken. Sie stehen mit in der Verantwortung, die Holzverbrennung in Privathaushalten nicht mehr als ökologisch zu empfehlen.

Ute Bertrand, ROBIN WOOD-Pressesprecherin, arbeitet in der ROBIN WOOD-Kampagne „Wälder nicht verfeuern“ mit. Kontakt: Ute.Bertrand@robinwood.de



Foto: Karl Adami

Wie hier in Estland werden alte Wälder zunehmend für Brennholz kahlgeschlagen

Tipps

- Holzpellettheizungen und Kaminöfen taugen für eine ökologische Wärmewende leider nicht. Vielmehr ist es nötig, Strom und Wärme zu sparen, effizienter zu nutzen und auf rein erneuerbare Wärme zu setzen. Das kann beispielsweise durch die direkte Nutzung der Sonnenwärme (Solarthermie) gelingen oder mithilfe von Wärmepumpen, die mit erneuerbarem Strom betrieben werden.
- Wärmepumpen haben einen guten Wirkungsgrad und können Gebäude vollständig heizen. Allerdings ist dafür ausreichend Platz etwa im Garten nötig. Fehlt er, könnte eine Luftwärmepumpe, eventuell in Kombination mit Solarthermie, in Frage kommen. Ideal ist eine Kombination mit großflächigen Heizkörpern wie Fußboden- oder Wandheizungen. Sinnvoll ist ein guter Wärmeschutz des Gebäudes, etwa durch Dämmung und moderne Fenster.
- Gibt es vor Ort ein Fernwärmenetz, ist ein entsprechender Anschluss bedenkenswert. In viele Fern-

wärmenetze wird zwar aktuell noch zu einem Großteil fossile Wärme eingespeist. Doch das muss und wird sich ändern. Technisch machbar ist eine effiziente Kombination von Abwärme und verschiedenen erneuerbaren Wärmequellen.

- Suchen Sie sich eine Energieberater*in, der/die ökologisch motiviert ist und Lust daran hat, Neues zu denken und durchzurechnen.
- ROBIN WOOD empfiehlt ebenso wie das Umweltbundesamt, auf das Heizen mit Holz zu verzichten. Wer trotzdem keine andere Alternative sieht, sollte nur unbehandeltes, gut durchgetrocknetes Holz verfeuern und auf die Herkunft des Holzes achten. Ausschlaggebend ist hierbei, dass das Holz möglichst lokal, also im Umkreis von 100 Kilometern oder weniger bezogen wird und aus Wäldern stammt, in denen naturnah gewirtschaftet wird.
- Schon die Zimmertemperatur um ein Grad herunterzu-regeln, hilft dem Klima und spart Geld.
- Weitere Informationen und hilfreiche Tipps gibt es beim Umweltbundesamt und den Verbraucherzentralen.

Stromspeicher selbst bauen

Gleich mit der Einführung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) ließ ich mir im Juni 2000 eine Solarstromanlage mit vier Kilowatt Leistung auf mein Hausdach montieren. Nach Auslaufen der Förderung stand ich zum Jahreswechsel 2020/2021 vor der Frage, wie ich in Zukunft meinen Sonnenstrom vom Dach am optimalsten nutzen kann. Ich habe mich für einen Stromspeicher Marke Eigenbau entschieden – und zwar für ein Notstromaggregat.

Meinen Stromverbrauch konnte ich in den vergangenen Jahren durch konsequentes Stromsparen auf etwa ein Viertel des bundesdeutschen Durchschnitts reduzieren. Deshalb kam die Anschaffung eines professionellen Speichersystems vor allem aus finanziellen Gründen nicht in Frage.

Eine für mich passende Lösung fand ich in Form eines kommerziellen Notstromaggregates mit Li-Ionen-Speicher und einer Nennkapazität von 2,4 kWh Ausgangsleistung. Das ist etwas mehr als der Durchschnittsverbrauch eines ganzen Tages und reicht bei mir durch geschicktes Management für einige Abende und Nächte.

Dessen 1000 Watt Ausgangsleistung reichen allerdings nicht für alle häus-



Werner Behrendt dient ein Notstromaggregat als Stromspeicher, wenn der Sonnenstrom fließt, aber nicht verbraucht wird



Fotos: Werner Behrendt

Tipps für den Eigenbau: Den Strom vom eigenen Dach speichern

lichen Stromverbraucher. Und da das Gerät nicht für den Betrieb in einem Hausstromnetz gedacht ist, wurden ein paar Änderungen an der Hausinstallation nötig.

Hardware:

Die allererste Maßnahme für Solarstrom-Eigenverbrauch ist die Verlegung des Einspeisepunktes vom separaten Einspeisezähler in die eigene Hausinstallation. Voraussetzung dafür ist ein Zweirichtungszähler, der Strombezug und -einspeisung separat erfasst. Moderne elektronische Zweirichtungs-Stromzähler haben zusätzlich zum Display eine Infrarot-Schnittstelle, über die die aktuellen Messdaten jede Sekunde digital ausgegeben werden und für Managementzwecke genutzt werden können.

Praktischerweise sollte mein Bezugszähler im Herbst 2020 turnusmäßig vom Netzbetreiber ausgetauscht werden. Und ich bekam auch das gewünschte 2-Richtungsmodell ohne Zusatzkosten.

Energiemanagementkonzept:

Der momentane Stromfluss von meiner Solaranlage auf dem Dach wird erfasst

und verschiedene stromverbrauchende Geräte gezielt zugeschaltet, wenn genug Solarstrom vorhanden ist:

- + Die niedrigste Stufe (50 Watt) schaltet ein kleines Ladegerät, das insbesondere im Winter bei sehr geringer Einstrahlung zum Nachladen des Speichers dient.
- + Die Stufe 2 ist für 250 Watt ausgelegt. Mit einem Erweiterungsmodul im 1. Stock werden die Netzteile von Laptop und Netbook an meinem Arbeitsplatz aktiviert und deren Akkus auch in meiner Abwesenheit automatisch aufgeladen.
- + Stufe 3 ist mit 1000 Watt auf mein Hauswasserwerk abgestimmt, das die Toiletten mit Regenwasser versorgt: Sein Anlaufstrom ist bereits zu hoch für den Speicher. Und damit ich auch bei schlechtem Wetter Spülwasser habe, füllt es eine 300-Liter-Regentonne auf meinem Dachboden, von dem aus das Wasser dann per Schwerkraft in die Spülkästen fließt.
- + Stufe 4 wird erst ab 2500 Watt freier Solarleistung aktiviert und schaltet spezielle Steckdosen in der Küche ein, an denen ich dann (bei strahlendem Sonnenschein) einen Wasserkocher

oder zwei elektrische Kochplatten betreiben und damit solar kochen kann.

Sonderfälle:

Geräte wie der Toaster, die Waschmaschine und der Gefrierschrank, die viel Strom brauchen, sind direkt ans Stromnetz angeschlossen. Der Gefrierschrank ist kühl aufgestellt und kann einige Stunden problemlos ohne Strom überbrücken. Ich schalte ihn über Nacht per Zeitschaltuhr ab und kann ihn so zumindest im Sommer fast vollständig mit Solarstrom betreiben. Ich wasche vor allem bei Sonnenschein. Meine Maschine hat aber auch einen Timer, mit dem ich sie auch in Abwesenheit zur passenden Tageszeit laufen lassen kann.

Umbauten:

Da mein Speicheraggregat nur maximal 1000 Watt einphasig zur Verfügung stellen kann, habe ich mir einen Schalter eingebaut, mit dem ich zwei von drei Phasen (an denen nur Kleinverbraucher hängen) zusammenschalten kann. Alle Geräte mit höherem Strombedarf sind an die dritte Phase angeschlossen, in die der Wechselrichter ebenfalls einphasig einspeist, und so den Eigenverbrauch direkt möglich macht. Der Verbrauch im Standby-Betrieb ist bei meinem Gerät mit ca. 30 Watt recht hoch und in der dunkelsten Zeit reicht die Sonneneinstrahlung nicht einmal dafür aus: Deshalb habe ich mir einen Schalter eingebaut, mit dem ich die von ihm betriebenen Phasen wieder zurück ans Stromnetz schalten kann.

Werner Behrendt, ROBIN WOOD-Regionalgruppe Bremen
wb@bimaq.de

Alles über mein Energiesparkonzept und genauere technische Informationen auch zum Nachbau gibt es unter: www.energie-minimieren.de. Dieser Artikel soll auch als Anregung für umweltbewusste Elektroinstallateur*innen dienen. Bitte nehmen Sie die Umbauten nur vor, wenn Sie sich mit Elektroinstallation auskennen – ansonsten überlassen Sie das am besten Ihrer Elektroinstallateur*in.



Foto: Sandor Somkuti/pixello.de

Wärmewende auch in der Mietwohnung: Fenster abdichten und auf Ökogas umsteigen

Energiespartipps: Heizkosten in Mietwohnungen senken

*Die Heizkosten in Mietwohnungen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Nun sorgt die Corona-Pandemie und mehr noch der Krieg in der Ukraine für einen weiteren gewaltigen Schub. Der Wunsch zu sparen wird größer, zumal neben den Kosten auch der CO₂-Ausstoß gesenkt werden kann. Das größte Sparpotential liegt natürlich in der Ausstattung des Gebäudes. Eine gute Wärmedämmung und eine effiziente Heizanlage sind das A und O. Hierauf können Mieter*innen nur selten einwirken. Doch es gibt auch andere Möglichkeiten, die ohne Zustimmung eines Vermieters umgesetzt werden können.*

Die Allererste ist natürlich, sich schon bei der Anmietung einer Wohnung zu entscheiden, wie groß die neue Wohnung tatsächlich sein soll? Jeder zusätzliche Quadratmeter muss auch beheizt werden. Altbauwohnungen haben oft einen besonderen Reiz, z.B. wegen großer Deckenhöhen oder weil sie in besonders schönen Stadtvierteln

zu finden sind. Andererseits kommen moderne Neubauwohnungen im Vergleich mit einem Bruchteil der Heizenergie aus. Auf alle Fälle sollte man den Energieausweis des Hauses vor Vertragsabschluss genau studieren.

Aber was ist, wenn man schon in einer Altbauwohnung lebt, nicht umziehen will oder sich nichts anderes leisten kann? Auch hier lässt sich noch einiges machen. Die einfachste Maßnahme ist es, die Raumtemperatur zu senken. Ein Grad weniger spart etwa sechs Prozent Heizenergie. Dabei geht es nicht darum zu frieren. Der Körper gewöhnt sich schnell an etwas niedrigere Temperaturen und findet sie angenehm und ausreichend. Andere Wohnungen wirken dann oft überheizt.

In Altbauten sind Fenster und Wohnungstüren oftmals undicht. Diese lassen sich meistens mit Schaumstoff- oder Gummidichtungen aus dem

Baumarkt einfach abdichten. Darüber hinaus ist es sinnvoll, soweit vorhanden, nachts die Rollläden herunterzulassen. Auch dicke Vorhänge helfen, die Wärme nicht nach draußen dringen zu lassen, auch bei der Wohnungseingangstür. Achten sie aber darauf, dass die Heizkörper nicht von Gardinen, Vorhängen oder auch von Möbeln verdeckt werden, da dann die erwärmte Luft nicht mehr frei im Raum zirkulieren kann.

Gerade in Altbauten wurden Heizkörper oft in Nischen gesetzt. Hier sind dann die Außenwände besonders dünn und der Wärmeverlust groß. Da hilft es, die Heizkörpernischen zu dämmen. Entsprechende Dämmmatten, am besten mit Alubeschichtung, gibt es im Baumarkt.

In einer Wohnung sind die Räume meist unterschiedlich warm. Die verschiedenen Einstellungen lassen sich mit dem Thermostatventil einfach umsetzen. Wichtig ist, dass auch ungenutzte Räume nicht kälter werden sollten als 15 oder 16°C, damit sich kein Schimmel bildet. Ist diese Bedingung erfüllt, kann nachts oder auch tagsüber, wenn die Wohnung nicht genutzt wird, die Heizung abgestellt werden. Zur Vorbeugung vor Schimmel müssen die Räume regelmäßig gelüftet werden. Kältere Räume sollten öfter gelüftet werden, weil kalte Luft weniger Wasserdampf aufnehmen kann, stark genutzte Räume ebenfalls, weil die Bewohner*innen viel Feuchtigkeit an die Raumluft abgeben.

Eine einfache Möglichkeit, die unterschiedlichen Temperaturen und Heiz-

zeiten in verschiedenen Räumen zu verwirklichen, sind programmierbare Heizkörperthermostate. Mit ihnen lässt sich die Raumwärme und die An- und Abschaltzeiten individuell für jeden Heizkörper einstellen.

Wärme sparen mit einem Smart Home?

Umstritten sind dagegen die sogenannten "Smart Homes". Mit ihnen lässt sich über das Internet praktisch die gesamte Wohnung auch aus der Ferne steuern – vorausgesetzt, alle Geräte in der Wohnung sind mit dem Internet verbunden. So kann man unter anderem auch die Heizung steuern und z.B. verschiedene Räume einfach und praktisch individuell heizen.

Was so gut klingt, hat aber auch seine Probleme. Das größte ist wohl, dass viele dieser Systeme nur schlecht gegen Hackerangriffe gesichert sind. Angreifer verschaffen sich dann nicht nur den Zugriff auf die Heizungseinstellung, sondern, je nach dem wie stark der Haushalt vernetzt ist, auch z.B. auf die Beleuchtung, die Alarmanlage oder die Haustürverriegelung. Wer solche Systeme einsetzt, sollte sich daher ein wenig mit Cybersicherheit auskennen. Ein zweites Problem ist, dass die Vernetzung der Hauselektronik und deren Steuerung über das Internet selbst Energie verbraucht. Wie hoch dieser Verbrauch ist, ist umstritten, so dass sich kaum seriös sagen lässt, ob ein Smart Home gegenüber programmierbaren Thermostatventilen überhaupt Energie einspart.

Bei den derzeitigen Preisen steht oft die Reduzierung der Kosten im Vordergrund. Die ist aber wiederum abhängig vom eingesetzten Energieträger.

Nun haben Mieter*innen leider nur sehr wenig Einfluss darauf, ob die Heizung mit Fernwärme, Pellet oder eine Wärmepumpe betrieben wird. Aber es gibt eine Ausnahme: Etagenheizungen werden normalerweise mit Erdgas betrieben und die Mieter*in kann den Gaslieferanten frei wählen. Auf dem Markt gibt es mittlerweile zahlreiche Anbieter von Ökogas.

Auf zu einer echten Wärmewende

Ökogas wird entweder in Biogasanlagen erzeugt oder man gewinnt es per Elektrolyse aus Windstrom. Die Verteilung erfolgt ähnlich wie beim Ökostrom: Das Ökogas wird in das normale Gasnetz eingespeist, wo die Verbraucher*innen es dann wieder entnehmen können.

Aber auch Ökogas kann nur eine Übergangslösung sein. Mieter*innen sollten Druck bei ihren Vermieter*innen machen, und sie von einer echten Wärmewende – zum Beispiel mit dem Einbau von Wärmepumpen und dem Einsatz von tatsächlich Erneuerbaren Energien – überzeugen. So kann Putin sein Gas behalten und wir leisten einen kleinen Beitrag um Klimaschutz.

Werner Brinker
werner.brinker@gmx.de



**Nachhaltig,
fair & verantwortungsvoll.**

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

<p><input type="checkbox"/> Nord (Hamburg, Schleswig Holstein)</p> <p><input type="checkbox"/> Nord-West Jubiläumsausgabe</p>	<p><input type="checkbox"/> Ost (MV, BB, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)</p>
---	--

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,60 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden, oder den Gutscheine mailen Sie an info@greenya.de

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
 Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya für RobinWood 20.04.22

jetzt NEU:
greenya Nord
für Schleswig-Holstein
& Hamburg



Oberverwaltungsgericht entscheidet – RWE enteignet

*RWE enteignen – im Sinne des Gemeinwohls“, das forderten ROBIN WOOD-Aktivist*innen im November 2021 mit einem Transparent an der RWE-Zentrale. So wie gefordert ist es bisher nicht gekommen, ganz im Gegenteil: RWE enteignet weiterhin Dörfer für die Braunkohle und ein politischer Kurswechsel ist nicht in Sicht. Ganz akut ist dies in Lützerath am Tagebau Garzweiler II im rheinischen Braunkohlegebiet zu spüren. Das Dorf soll schnellstmöglich abgebaggert werden, wenn es nach RWE geht.*

Seit dem Sommer 2020 sind Aktivist*innen in Lützerath aktiv: Über die Monate hat sich nicht nur ein breites Bündnis gegen die Zerstörung der Dörfer gebildet, sondern das Dorf ist auch zu einem Ort der Kultur und des alternativen Lebens geworden. Eckardt Heukamp, ein ortsansässiger Bauer, wehrt sich gegen die Enteignung durch RWE. Er öffnete sein Grundstück für ein Protestcamp und zeigte RWE rechtlich die Stirn. Lützerath steht wie kaum ein anderer Ort in Deutschland für den Konflikt zwischen kurzfristigen Profitinteressen und dem Einhalten des Pariser Klimaziels. Im Juni 2021 veröffentlichte das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) eine ausführliche Studie zur Tagebauplanung im Rheinischen Braunkohlerevier und wie diese Pläne das Pariser Klimaziels konterkarieren, die Erderwärmung auf unter 1,5° Celsius zu halten. Ein Ergebnis der Studie ist, dass die Kohle unter Lützerath nicht abgebaggert und verfeuert werden darf, um das verbleibende CO₂-Budget nicht zu überschreiten.

Auf diese Studie nahmen Heukamp und zwei weitere Bewohner*innen Lützeraths in ihrer Klage gegen die „frühzeitige Besitzinweisung“ durch RWE Bezug. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat nach langem Prozess Ende März 2022 die Klage der Bewohner*innen zurückgewiesen. Faktisch heißt dies, obwohl die Enteignung durch RWE rechtlich

noch nicht entschieden ist, darf der Energiekonzern über die Grundstücke des Bauern Eckardt Heukamp verfügen und in Vorbereitung für die Kohlebagger Rodungs- und Abrissarbeiten verrichten.

Die Entscheidung des Gerichts ist auch deshalb so dramatisch, weil die Bundesregierung versucht, sich in dem Konflikt um Lützerath aus der Verantwortung zu stehlen. Während sie sich in ihrem Koalitionsvertrag klar für den Erhalt der anderen gefährdeten Dörfer ausgesprochen hat, blieb es hier bei einem unbestimmten „über Lützerath werden die Gerichte entscheiden.“

Die Gerichte haben entschieden und begründen ihre Entscheidung nicht mit der Versorgungssicherheit, sondern lediglich mit einer Gefährdung für die Versorgung des Energiemarktes mit Braunkohle. „Die Dringlichkeit der Fortführung des Tagebaus ergibt sich jedenfalls daraus, dass zwei Braunkohlekraftwerke „just-in-time“ mit Kohle aus dem Tagebau versorgt werden“, so das OVG in seiner Pressemitteilung vom 28.03.2022. Das Gericht verweist mehrmals auf den Gesetzesgeber, die Landes- und Bundesregierung, und die bisher fehlende rechtliche Verbindlichkeit von Klimaschutzzielen: „Weitgehend betrifft der Vortrag [der Beschwerde einlegenden Bewohner*innen Lützeraths] eher klimapolitische Forderungen, die im geltenden Recht keine Grundlage haben und an den Gesetzgeber zu richten wären.“

Fest steht: Um das Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, muss Lützerath bleiben. Es gilt Druck aufzubauen, denn gerade jetzt ist eine laute und vereinte Stimme der Klimagerechtigkeitsbewegung nötig. **Unterstützen Sie mit uns die Proteste vor Ort oder dezentral in Ihrer Stadt!**

Moritz Heck, ROBIN WOOD-FÖJ, Hamburg



Foto: Hendrik Leja CC BY-NC-SA 2.0

Das malerische Dorf Pödelwitz fällt nicht der Braunkohle zum Opfer. Jetzt geht es darum, dass hier wieder Leben einzieht

Neues aus Pödelwitz

Wie die Arbeit im geretteten Dorf weitergeht

Pödelwitz wird nicht abgerissen. Ein großer Sieg für alle, die sich für den Erhalt des Dorfes engagiert haben. Doch damit ist die Arbeit für die Aktiven vor Ort noch nicht vorbei. Jens Hausner vom Verein ‚Pödelwitz hat Zukunft‘ berichtet von den Plänen, das Dorf wieder zu beleben – und den Herausforderungen, vor denen die Initiative aktuell steht. Mit ihm sprach Ronja Heise, ROBIN WOOD-Energierreferentin.

Pödelwitz, das malerische Dorf im Leipziger Umland, bleibt erhalten – das ist keine Selbstverständlichkeit. Jahrelang wollten die Landesregierung und die Braunkohleindustrie das Dorf für Braunkohle, den klimaschädlichsten aller Energieträger, abbaggern. Jahre-



Jens Hausner von ‚Pödelwitz hat Zukunft‘ engagiert sich für ein lebenswertes Dorf

lang gab es Widerstand dagegen – von Menschen vor Ort wie Jens Hausner, die allen Versprechen und allem Druck zum Trotz in Pödelwitz wohnen geblieben sind. Und zunehmend machte auch die Klimagerechtigkeitsbewegung Druck. Für sie ist Pödelwitz zu einem der symbolträchtigen Orte des Protests gegen ein zerstörerisches Energiesystem geworden. Mit Briefen und Lobbyarbeit, Klimacamps und Aktionen hat es der Widerstand gegen den Abriss von Pödelwitz in die bundesweiten Medien geschafft. Anfang 2021 verkündeten die sächsische Landesregierung und der örtliche Braunkohlekonzern Mibrag dann, dass Pödelwitz erhalten bleibt.

? Wie sieht das Leben in Pödelwitz aktuell aus?

! Eigentlich genauso, wie in den letzten Jahren. Wir konnten bis jetzt nicht erreichen, dass Pödelwitz wiederbesiedelt wird. Zuständige politische Entscheidungsträger richten ihre Arbeit zur Revitalisierung vollständig an den Interessen des Bergbauunternehmens aus. Und das hat überhaupt keine Eile, die untragbare Situation der verbliebenen

Einwohner durch eine schnelle Wiederbesiedlung aufzulösen. Das Bergbauunternehmen macht seine Planungen für Pödelwitz sogar vom Zeitplan eines neuen Braunkohleplanes für den Tagebau Vereinigtes Schleenhain abhängig. Und das obwohl selbst der aktuelle Braunkohleplan eine bergrechtliche Nutzung der Ortslage Pödelwitz gar nicht vorsieht.

? Hat sich etwas im Alltag geändert, seitdem klar ist, dass ihr gewonnen habt und das Dorf erhalten bleibt?

! Für uns hat sich bisher noch nichts geändert. 80 Prozent der Wohngebäude im Ort hatte die Mibrag vor 2017 über privatrechtliche Verträge erworben. Seitdem stehen diese Gebäude leer und die Bausubstanz nimmt durch diesen Leerstand massiven Schaden.

Wir haben als Verein Pödelwitz-hat-Zukunft e. V. eine Liste von über 100 Interessenten für diese Grundstücke und eine Wiederbesiedlung hätte schon längst stattfinden können. Aber die Mibrag verkaufte bis heute kein einziges Grundstück in Pödelwitz.

? Was hat sich im Engagement für Pödelwitz geändert?

! Wir müssen jetzt für eine ökologisch nachhaltige Revitalisierung von Pödelwitz gegen die gleichen Bergbauunternehmen und Politik kämpfen, die sich vorher aktiv für die Zerstörung unseres Heimatdorfes eingesetzt haben. Wir sehen Pödelwitz als ein ganz klares Strukturwandelprojekt. Der Strukturwandel sollte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. Wir wollen uns da aktiv einbringen. Aber alle Anzeichen deuten darauf hin, dass dies von Politik und Mibrag gar nicht gewollt ist. Wir sind bis heute in Pödelwitz keinen Schritt weitergekommen.

? Wer setzt sich aktuell für den Ort ein und wie viel Aufmerksamkeit bekommt ihr?

! Ich muss es ganz klar sagen – die zuständigen politischen Entscheidungsträger lassen uns komplett im Regen stehen und machen zukünftige Entscheidungen allein von den Interessen des Bergbauunternehmens abhängig. Unterstützung erhalten wir von unserem deutschlandweiten Bündnis „Alle Dörfer bleiben“, von der Klimabewegung und natürlich von all den Menschen, die mit uns gemeinsam für den Erhalt des Dorfes gekämpft haben.

Wir suchen das Gespräch mit den zuständigen politischen Entscheidungsträgern und der Mibrag und fordern ein Mitspracherecht bei der Entwicklung von Pödelwitz. Als Verein ‚Pödelwitz hat Zukunft e.V.‘ machen wir selbst Pressearbeit bzw. arbeiten mit allen Medien zusammen, die ein Interesse an der weiteren Geschichte von Pödelwitz haben. Über die Website des Vereins, poedelwitz.de, möchten wir sichtbar werden. Im Prozess des Strukturwandels erhalten wir von der zuständigen Politik fast keine Aufmerksamkeit. Das ist für uns schon äußerst fragwürdig. Wir befürchten, dass Entscheidungen wieder über unsere Köpfe hinweg getroffen werden.

? Was sind eure nächsten Schritte?

! Wir versuchen eine gemeinsame Verhandlungsbasis mit der Mibrag und

den zuständigen Entscheidungsträgern aufzubauen, um mit allen Beteiligten gleichberechtigt auf Augenhöhe die Zukunft von Pödelwitz auf den Weg zu bringen. Ein Arbeitstreffen fand am 22.03.2022 statt und weitere müssen folgen. Wir erarbeiten selbst Lösungen zu allen Bereichen, die dafür notwendig sind. Das reicht von: Wie kann das Eigentum der Mibrag im Dorf wieder einer gesamtgesellschaftlichen Nutzung zugeführt werden, mit den dafür notwendigen finanziellen Erfordernissen, über ein Wärme- und Energiekonzept bis hin zu einer erweiterten Nutzung des Eigentums der Kirchgemeinde Groitzsch in Pödelwitz.

Und wir beantragen für verschiedene Projekte als Verein Fördermittel. Ein wichtiger Fördermittelbescheid wurde uns am 07. April 2022 von der sächsischen Ministerin für Justiz, Demokratie, Europa und Gleichstellung Katja Meier in Grimma überreicht. Wir sind damit eins von 13 Demokratieprojekten, die in Sachsen durch das Justizministerium gefördert werden. Uns geht es innerhalb unseres Demokratieprojektes um eine gesamtgesellschaftliche, vollumfänglich transparente Beteiligung in allen politischen Entscheidungsprozessen. Also genau das, was uns selbst bisher nicht ermöglicht wurde.

? Und was bräuchte es jetzt? Was müsste die Politik tun? Wie können Menschen euch unterstützen?

! Für uns ist jetzt ein dringendes Handeln aller Beteiligten notwendig. Pödelwitz hat die historisch schätzenswerte Siedlungsform eines erweiterten slawischen Rundlings mit sieben denkmalgeschützten Gebäuden bzw. Gebäudegruppen. Wissentlich werden große Teile der schätzenswerten Gebäude durch das Bergbauunternehmen dem Verfall preisgegeben. Das muss sofort gestoppt werden, denn alle Gebäude sind Teil der schätzenswerten Siedlungsform. Den Stopp des Verfalls gewährleistet nur eine schnellstmögliche Wiederbesiedlung. Die zuständige Politik auf allen politischen Ebenen muss unseren Verein in alle Entscheidungsprozesse zu Pödelwitz einbeziehen.

Wir sind für jede mögliche Unterstützung dankbar: dorfentwicklung@poedelwitz.de Wie der Verein ‚Pödelwitz hat Zukunft‘ sich die Zukunft des Dorfes tatsächlich vorstellt, können alle Interessierte ausführlich auf der Website www.poedelwitz.de und auf der Website des deutschlandweiten Bündnisses „Alle Dörfer bleiben“ unter www.alle-doefer-bleiben.de/wp-content/uploads/2020/06/Poedelwitz-hat-Zukunft.pdf nachlesen



Klimacamp im Leipziger Land: Für die Klimagerechtigkeitsbewegung ist Pödelwitz ein wichtiges Symbol für den Widerstand gegen ein zerstörerisches Energiesystem

Energiecharta-Vertrag:

Bodyguard der Fossilen

Insgesamt etwa 2,4 Milliarden Euro fordern die Energiekonzerne RWE und Uniper von den Niederlanden als »Entschädigung« für den beschlossenen Kohleausstieg. Dabei geht es um zwei große Kohlekraftwerke, die ab 2030 keine Kohle mehr verstromen dürfen. Sie wurden erst 2015 bzw. 2016, also zur Zeit der Verhandlung und Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens in Betrieb genommen. Nun behaupten die Konzerne, damals sei nicht abzusehen gewesen, dass Kohleverstromung nicht über mehrere Jahrzehnte weiterlaufen könne und wollen deshalb entschädigt werden.

Trotz öffentlicher Empörung über die Klage haben RWE und Uniper gute Chancen, die Milliarden einzustreichen. Denn die Klage findet nicht vor einem staatlichen Gericht statt, sondern vor einem privaten Schiedsgericht. Dort laufen die Verhandlungen oft im Geheimen und eine öffentliche Beteiligung ist so gut wie ausgeschlossen. Eine Berufungsmöglichkeit gibt es nicht und die klagenden Unternehmen – in diesem Fall RWE und Uniper – dürfen auch noch mitentscheiden, wer die drei urteilenden Schiedsrichter*innen werden.

Typischerweise setzt sich ein Schiedsgericht aus drei privaten Wirtschafts-anwält*innen zusammen, die wiederum oft in anderen Verfahren als Anwält*innen agieren – eine Doppelrolle mit schwerwiegenden Interessenkonflikten. Da nur Investor*innen Klagen einreichen können, gibt es für das Schiedsgericht einen Anreiz, investor*innenfreundliche Urteile zu fällen. Zudem winken viel höhere Entschädigungszahlungen als vor nationalen Gerichten, da oft auch hypothetische, zukünftige Gewinne entschädigt werden. So kann aus einer Millioneninvestition eine Milliardenentschädigung werden. Etwa 3.000 Investitions- und

Handelsabkommen ermöglichen es Investor*innen, Staaten vor solchen Schiedsgerichten zu verklagen (Investor-State Dispute Settlement – ISDS).

Recht auf Profit

Im Fall von RWE und Uniper basieren die Klagen auf dem Energiecharta-Vertrag (Energy Charter Treaty – ECT), dem weltweit am meisten genutzten Vertrag für Klagen. Er entstand nach Ende des Kalten Krieges. Westeuropäische Staaten wollten ihre Energieversorgung diversifizieren und den Zugriff westlicher Konzerne auf die Öl- und Gasindustrien in den ehemaligen sowjetischen Republiken ermöglichen. Nach Auflösung der UdSSR boten sich für Investor*innen beispiellose Möglichkeiten, die dortigen Industrien aufzukaufen und Zugang zu Ressourcen zu sichern.

1998 trat der Vertrag in Kraft. Heute zählt er mehr als 50 Vertragsparteien. Darunter befinden sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten sowie viele Staaten in Zentralasien. Der ECT reguliert den Handel, Transit und die Investitionen im Energiesektor. Zentral sind jedoch die weitreichenden Eigentumsrechte, die ausländischen Investor*innen eingeräumt werden. Sie »schützen« Investor*innen vor staatlichen Eingriffen, die den Wert ihrer Investition und ihre Profite schmälern könnten. Durchgesetzt werden sie durch die oben bereits erwähnten Schiedsgerichte, deren Urteile weltweit vollstreckt werden können.

Um den globalen Temperaturanstieg zu begrenzen, müssen die fossilen Brennstoffe im Boden bleiben. Trotzdem findet ein Großteil der Investitionen im Energiesektor weiterhin in die Fossilen statt – über 50 Prozent aller durch den ECT abgedeckten neuen Investitionen werden in Kohle, Öl und Gas getätigt.

Insgesamt schützt der ECT derzeit – so haben es die Journalist*innen des Recherchenetzwerks Investigate Europe errechnet – etwa 350 Milliarden Euro an Investitionen in fossile Brennstoffe und Infrastruktur in der EU, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz.

Klimapolitik im Visier

Der ECT wird damit aus klimapolitischer Sicht zu einer tickenden Zeitbombe. Denn schon heute sind 145 Klagefälle von Investor*innen gegen Staaten unter dem ECT bekannt. Auch die Bundesrepublik wurde bereits vier Mal unter dem ECT verklagt – zweimal vom schwedischen Energiekonzern Vattenfall. In der ersten Klage wollte Vattenfall 1,4 Milliarden Euro Entschädigung für wasserrechtliche Auflagen für das Kohlekraftwerk in Hamburg Moorburg. Daraufhin knickte die Stadt Hamburg ein, senkte die Auflagen und Vattenfall zog die Klage zurück. Und für den Atomausstieg verlangte Vattenfall 6,1 Milliarden Euro Entschädigung vor einem Schiedsgericht. Auch diese Klage stellt der Konzern nun ein – gegen eine »freiwillig« gezahlte Entschädigung der Bundesregierung, die deutlich höher ausfällt als ursprünglich geplant. Die Drohkulisse ECT wirkt.

Auch beim deutschen Kohleausstieg hat sich der ECT aus Konzernsicht bereits bezahlt gemacht und das ganz ohne zu klagen. Denn in den Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Braunkohlebetreibern wurde ein Passus vereinbart, der Klagen unter dem ECT explizit ausschließt. Nun wurde bekannt, dass sich die Braunkohleunternehmen diesen Klageverzicht teuer haben bezahlen lassen. Insgesamt bekamen LEAG und RWE für den Braunkohleausstieg 4,35 Milliarden Euro. Eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie kommt zu

dem Schluss, dass lediglich 343 Millionen Euro angemessen gewesen wären. Dass die Klagemöglichkeit unter dem ECT und der ausgehandelte Klageverzicht bei der Höhe der Entschädigung eine wichtige Rolle gespielt haben, gibt das Bundeswirtschaftsministerium offen zu. Der durch den ECT nach oben getriebene Preis für den deutschen Kohleausstieg wird bereits zum abschreckenden Beispiel in anderen europäischen Ländern, in denen die Kohleunternehmen mit den deutschen Fantasiesummen in die Verhandlungen um ein Ende der Kohleverstromung einsteigen.

Nachdem in den ersten Jahren des ECT vor allem Länder in Osteuropa und Zentralasien im Visier der Investor*innen waren, hat sich die Lage inzwischen gewandelt. Immer mehr Länder der Europäischen Union müssen sich nun vor Schiedsgerichten verteidigen. In über 60 Prozent aller ECT-Fälle verklagt ein Investor aus einem EU-Mitgliedsstaat ein anderes EU-Land. Und die EU selbst muss sich einer Klage von Nord Stream 2 erwehren, bei der es um die Entflechtung der Gasinfrastruktur geht. Nord Stream 2 hat in der Klageschrift einen möglichen Schaden von acht Milliarden Euro angekündigt. Zumindest teilweise erklärt sich so auch das Interesse der europäischen Länder an einer »Modernisierung« des ECT.

2018 haben die 54 ECT-Mitglieder beschlossen, den Vertrag zu modernisieren. Seit etwa zwei Jahren wird zwischen ihnen verhandelt. Eine Entschärfung des Vertrages ist jedoch nicht in Sicht. Aller Voraussicht nach werden innerhalb der EU fossile Brennstoffe bis weit in die 2030er Jahre, Teile der Gasinfrastruktur bis 2040 geschützt und die privaten Schiedsgerichte weiter bestehen bleiben. Bei Ländern außerhalb der EU sollen der Schutz der Fossilen auf unbegrenzte Zeit fortbestehen. Währenddessen treibt das Energiecharta-Sekretariat seit 2012 die geografische Expansion des ECT voran, obgleich die Aufnahme neuer Länder in den Vertrag während des Reformprozesses kurzfristig ausgesetzt wurde. Vor allem afrikanische und asiatische Staaten werden lobbyiert, damit sie ebenfalls Vertrags-

parteie des ECT werden. Ökonomisch arme und zum Teil ressourcenreiche Länder wie Indonesien, Kenia, Uganda oder Nigeria stehen dabei im Visier. Eine derartige rechtliche Absicherung des Zugriffs westlicher Konzerne auf die Energieressourcen im Globalen Süden ist besonders perfide. Denn Regierungen im Globalen Süden verfügen häufig nicht über die finanziellen und administrativen Ressourcen, um sich gegen teure und komplizierte Klagen von Investoren verteidigen zu können. Eine stärkere Regulierung der Energiepreise oder auch die Rücknahme von Privatisierung wird somit fast unmöglich oder zumindest exorbitant teuer gemacht. Mit seiner Ausbreitung wird der ECT so zu einem Baustein in der Verfestigung neokolonialer Verhältnisse.

Nix wie raus

Die Klagen von RWE, Uniper und Co verdeutlichen die Gefahr, die der Energiecharta-Vertrag für die Bekämpfung der Klimakrise darstellt. Aber hoffnungslos ist die Lage nicht, im Gegenteil: In den nächsten Monaten wird sich entscheiden, ob Deutschland und weitere EU Länder im Vertrag verbleiben. Und die Chancen für einen Austritt stehen nicht schlecht. Denn Italien hat den Vertrag bereits 2016 verlassen. Auch die spanische, französische und polnische

Regierung haben bereits Zustimmung zu einem Ausstieg signalisiert. Nun liegt es vor allem an Deutschland, ob ein solcher tatsächlich erfolgt. Die neue Bundesregierung hat sich dazu noch nicht klar positioniert. Aber wenn sie ihren eigenen Koalitionsvertrag ernst nimmt, kann sie nicht im ECT verbleiben. Denn dort sind Anforderungen an Investitionsschutzabkommen wie den ECT formuliert, die die Reform nicht erreichen wird. Es dürfte also vor allem an Robert Habeck und seinem Ministerium liegen, ob der „Bodyguard der Fossilen“ weiter Bestand hat.

Um der Forderung nach einem Ausstieg Nachdruck zu verleihen, ist eine Koalition von Aktivist*innen und NGOs aktiv. Am 4. Mai gab es vor dem Kanzleramt in Berlin eine Aktion für den ECT Ausstieg. Eine Petition mit mehr als einer Millionen Unterschriften wurde am gleichen Tag dem Bundeswirtschaftsministerium übergeben. Über die sozialen Medien wird weiter für einen Ausstieg getrommelt. Mit genug Druck könnte der ECT nach dem Sommer auf dem Müllhaufen der fossilen Geschichte gelandet sein.

*Fabian Flues, Berlin
PowerShift, Verein für eine ökologisch-soziale Energie- & Weltwirtschaft, www.power-shift.de*



Foto: Uwe Hixsch

Der öffentliche Druck muss verstärkt werden, damit der Energiecharta-Vertrag endlich auf dem Müllhaufen der fossilen Geschichte landet!



Burkhard Wetekam
Greifswalder Gespenster
Hinstorff Verlag, 2022
368 Seiten, 15,99 Euro
ISBN 978-3-356-02398-5

Biber unter Verdacht

Neuer Umweltkrimi: Greifswalder Gespenster

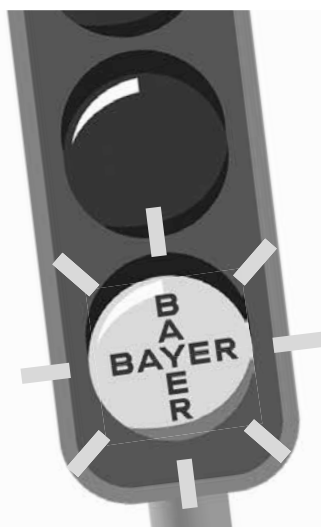
Biber sind schlau. Ihre Schutzdämme dienen dazu, den Wasserstand zu regulieren, damit der Eingang zu ihrer Burg immer unter Wasser bleibt. Um diese solide Ingenieurskunst auszuführen, müssen sie vorausschauend denken und einen Plan haben. Aber einen Mord planen und ausführen? „Verdächtigen Sie etwa die Biber?“ fragt deshalb entgeistert Naturschutzwart Plötzner Kommissarin Sylke Bartel. Er hat Dr. Kronhorst sofort erkannt, als er den leblosen Körper bei einem Kontrollgang neben dem Bachlauf fand.

Die unter Schutz stehenden Biber hatten in den letzten Jahren die Landschaft spürbar verändert – nicht unbedingt zur Freude des Jagdpächters Kronhorst, der in der Vergangenheit mehrfach versucht hatte, die Dämme zu zerstören. Beobachtet hat ihn dabei Biologe Malte Naujock, ein engagierter Naturschützer, der seit kurzem verschwunden ist. Privatermittler Tom Brauer, der in „Greifswalder Gespenster“ seinen vierten Fall zu lösen hat, ist beauftragt, Malte aufzuspüren. Zuletzt hatte dieser sich gegen die Errichtung eines Windparks in einem ökologisch sensiblen Gebiet gewehrt und damit ein millionenschweres Investitionsprojekt gefährdet.

Und wenn auch die Biber als Täter sehr bald ausgeschlossen werden können, so zeigt sich rasch, dass der Schutz sensibler Biotope und beide Fälle eng zusammenhängen – oder etwa doch nicht? Gemeinsam mit Sylke Bartel kann Tom Brauer schließlich alle Fäden zusammenführen, auch wenn für die Auflösung der Fälle noch ein weiteres Opfer zu beklagen ist: Toms schon sehr betagtes, aber geliebtes Boot Mathilda.

Ein guter Krimi wie dieser motiviert nicht nur zum Miträtseln und Kombinieren, er nimmt wichtige gesellschaftliche Fragestellungen mit in den Blick. Burkhard Wetekam gelingt es wunderbar, Informationen über ökologische Zusammenhänge, wie z. B. über die Bedeutung von Niedermooren für den Klimawandel oder die Lebens- und Arbeitsweise von Bibern, in die Handlung einzuflechten, ohne dass es aufdringlich wirkt. Greifswalder Gespenster kann deshalb bei allem Lesevergnügen sogar ein kleines bisschen schlauer machen.

Sabine Genz, Berlin



Ampel – freie Fahrt für BAYER

Topthema
im neuen Magazin

www.stichwort-bayer.de · info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf
facebook/Coordination

STICHWORT
BAYER

Konzernkritik konkret.

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

Spenden statt Geschenke

Ihr runder Geburtstag steht in diesem Jahr an? Ein Jubiläum? Der verdiente Eintritt in die Rentenzeit? Wir hoffen, auch in diesem Jahr gibt es gute Gründe zum Feiern!

Wer in nächster Zeit einen besonderen Tag vor sich hat, kann sich ab sofort eine Spende für die wilden Wälder wünschen. Starten Sie ihre Spendenaktion und setzen Sie ein Zeichen für Klimagerechtigkeit und den weltweiten Erhalt der Wälder. Damit inspirieren Sie nicht nur Ihre Gäste, Sie machen es ihren Lieben auch leicht, ihnen eine Freude zu bereiten.



Wir helfen Ihnen gerne bei der Umsetzung. Wenden Sie sich bitte an unsere Fundraiserin Andrea Zander oder bestellen Sie unseren Infolyer unter Tel.: 040 380892-13 oder andrea.zander@robinwood.de

Es ist sehr unkompliziert an der Aktion „Spenden statt Geschenke“ teilzunehmen. Lassen Sie sich gerne kurz telefonisch von Andrea Zander (040-380 892-13) beraten und weisen Sie Ihre Gäste schon in der Einladung auf Ihre Aktion hin.

Unter einem vereinbarten Stichwort können Ihre Lieben auf unser Spendenkonto einen Betrag überweisen. Alternativ stellen wir ihnen eine Spendenbox zur Verfügung und Sie können nach der Feier den Gesamtbetrag auf unser Konto überweisen.

Nach ungefähr drei Wochen erhalten Ihre Gäste auf Wunsch hin eine Spendenbescheinigung und ein Dankschreiben, sofern uns Name und Adresse der spendenden Person bekannt sind.

FÜR IHREN BESONDEREN TAG

IHRE GESCHENKSPENDE
FÜR ROBIN WOOD,
WEIL IHNEN DIE WÄLDER
AM HERZEN LIEGEN



ROBIN WOOD

impresum

Nummer 153/2.22
ROBIN WOOD-Magazin

**Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie**

ISSN: 1437-7543
Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 7.500.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

Moritz Heck/ROBIN WOOD

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



info@robinwood.de
www.robinwood.de



EU - Act now! Save our Primary Forests! An Artistic...



Die nächste Krise?



Wald statt Asphalt:

Anschaulich auf Youtube: Bewegte Aktionen – Bären, Hamster und Aktive

ROBIN WOOD als Aktionsverein hat natürlich auch Aktionsvideos zu bieten. Aber noch einiges darüber hinaus findest du in unserem YouTube-Kanal. Unter youtube.com/robinwoodvideo gibt es Clips, die unmittelbar während Aktionen mitgeschnitten wurden, zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Zum Beispiel das bunte Treiben der Boote auf der Coal&Boat-Demo in Berlin oder eine Rückschau unserer Aktions-Floßtouren, die auf verschiedensten Flüssen quer durch die Republik stattfanden. Natürlich sind auch Kletteraktionen gefilmt worden, denn wie du weißt, steigen wir Konzernen und anderen Umweltfrevlern gerne aufs Dach. Baumklettern gehört natürlich auch zu unseren Stärken, und in dem Zusammenhang erzählt eine Aktivistin von ihrer Motivation, sich bei ROBIN WOOD zu engagieren.

Weiterhin findest du den neuen Kunstfilm zur Rettung unserer Natur- und Urwälder, Erklärvideos über Kohle, Atom, Papier sowie Interviews mit Fachfrauen auf unserem Kanal. Und das fast schon legendäre Video „Die nächste Krise?“, das mit animierten Illustrationen die Dringlichkeit des Klimaschutzes verdeutlicht und Mut macht, selber zu handeln. Die internationale Reihe „Unsere Stimmen für die alten Wälder“ rundet das ganze ab.

Du kannst filtern nach verschiedenen Themenbereichen oder nach Aktualität und ein bisschen stöbern, was sich so ereignet hat in den letzten Jahren. Von höchster Authentizität sind dabei alle Videos!

Gerne angucken, liken und kommentieren: youtube.com/robinwoodvideo

„Die Welt laut und leise verändern“

Seit März ist Clara Tempel für die Aktivenunterstützung bei ROBIN WOOD zuständig.



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Clara Tempel ist für die Aktivenunterstützung bei ROBIN WOOD zuständig. Kontakt: clara.tempel@robinwood.de

Clara lebt in Flensburg und schreibt gerade ihre Masterarbeit im Studiengang Transformationsstudien mit dem Schwerpunkt Protest- und Bewegungsfor-schung. Sie ist im Wendland aufgewachsen und war schon als kleines Kind bei Demos und Aktionen gegen die Atommülltransporte nach Gorleben dabei. Gemeinsam mit anderen hat sie als Jugendliche das Junge Netzwerk für politische Aktionen (JunepA) gegründet, mit dem sie Aktionen gegen Militarismus, die Klimakrise und Atomkraft organisiert. In Flensburg ist Clara auch beim Klima-begehren aktiv, um die Stadt fossilfrei zu machen. Sie gibt Aktionstrainings und hat viel Erfahrung in der Moderation und Koordination von Gruppenprozessen.

Clara ist bei ROBIN WOOD Ansprechpartnerin für neue Interessierte, aber auch für langjährige Aktive. Gemeinsam mit der AG Aktivenunterstützung möchte sie die ROBIN WOOD-Strukturen verständlicher machen, neue Menschen gut einbinden und dafür sorgen, dass alle Aktiven sich in der Vereinsarbeit und bei Aktionen wohl fühlen. Dafür hält sie Kontakt zu den Aktiven mit und ohne Regionalgruppe, denkt sich neue Einbindungskonzepte aus und ist immer ansprechbar, wenn es Wünsche oder Unterstützungsbedarf gibt.

„Ich habe sehr viel Freude daran, andere Menschen zu ermächtigen, selbst aktiv zu werden. Ich möchte dazu beitragen, dass sich Aktive mit unterschiedlich viel Vorerfahrung bei ROBIN WOOD wirksam einbringen können, um die Welt kletternd, blockierend, demonstrierend, umsorgend, laut oder leise zu verändern.“



Zum Tag des Waldes am 21. März 2022 forderten ROBIN WOOD-Aktive im Harz die Umwelt- und Agrarminister*innen von Bund und Ländern auf, endlich die ökologische Waldwende konsequent voranzutreiben.

ROBIN WOOD: Seit 40 Jahren für die Wälder

Wälder sind unser Lebenselixier: Sie sind unsere wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakatastrophe. Und sie beherbergen einzigartige Lebensräume für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Seit 40 Jahren setzen wir uns für den Schutz der Wälder weltweit ein. Und es ist nötiger denn je: Wälder müssen wieder als überlebenswichtige Ökosysteme wertgeschätzt und nicht nur als einträgliche Rohstoffquelle gesehen werden! Lesen Sie bitte mehr über unser Engagement für die Wälder ab Seite 8 dieser Ausgabe.

Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via
E-Mail: info@robinwood.de
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir zum Weitergeben:

___ Exemplare dieses Magazins

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift



Foto: iStock

Seit 40 Jahren: Wir lieben Wälder



Jahresbericht 2021

ROBIN WOOD





Foto: Stephan Röhl/ROBIN WOOD

Berlin, Juli 2021: In zahlreichen europäischen Städten simulierten Aktive an markanten Punkten Holzfällarbeiten, um damit gegen das klimaschädliche Verbrennen von Holzbiomasse zu protestieren

Wälder nicht verfeuern!

2021 stand im Waldbereich unser Protest gegen das Verfeuern von Wäldern im Zentrum unseres Engagements.

Die dramatischen Folgen der Holzverbrennung sind vielen Menschen nicht bewusst, gerade auch in den Reihen der politischen Entscheidungsträger*innen. Dabei sind unsere Wälder unsere wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise und das Artensterben. Sie zu verbrennen ist ein fataler Fehler.

Es gab also viel zu tun, und das sehr dringend. An den Standorten Wilhelmshaven und Tiefstack in Hamburg recherchierten wir alle Einzelheiten über Kraftwerke, Holzherkünfte und Emissionsbilanzen, wandten uns an Lokalpolitiker*innen und Bundesminister*innen. Wir starteten eine Petition, erstellten eine Wanderausstellung zu den möglicherweise betroffenen Standorten und waren auf der Straße. Mit unübersehbaren Banneraktionen markierten wir die Kraftwerke öffentlich.

Und wir haben viel erreicht! Die Pläne für Hamburg Tiefstack liegen auf Eis und zu Wilhelmshaven lässt der Pelletkonzern und auch der Kraftwerksbetreiber keine Pläne mehr verlauten. Wir bleiben auf jeden Fall dran! Auf EU Ebene wird momentan die Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU verhandelt. Wir haben die Chance, dass das Verbrennen von Wäldern aus dieser Richtlinien gestrichen wird! Wir haben deshalb aktionsreiche, internationale Tage zum Thema gestaltet und waren mit einem großen Bündnis von NGOs aus vielen EU-Mitgliedstaaten mit einer Aufsehen erregenden Aktion in Brüssel. Wir führten Gespräche mit Mitgliedern des EU-Parlaments, überreichten die 250.000 Unterschriften der Petition an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Diederik Samsom. An EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wandten wir uns mit einem Bündnisbrief.

Und auch auf dieser Ebene hatten wir Erfolg! Noch ist die neue Richtlinie



Wenn Sie Fragen und Anregungen haben, melden Sie sich bitte bei Jana Ballenthien, Waldreferentin: wald@robinwood.de www.robinwood.de/wald

nicht verabschiedet. Und die Stimmen derer, die die Holzverbrennung von Waldholz im großen Stil kritisch sehen, wächst durch unsere Arbeit mehr und mehr. Auch hier bleiben wir dran!

Seien Sie auch gespannt auf unsere Aktionen zum Schutz und Erhalt der deutschen Wälder und zu den rumänischen Urwäldern im Jahr 2022. Vielen Dank für Ihre Waldbegeisterung und Ihre Unterstützung!



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Kiel, Oktober 2021: Protest gegen höchstwahrscheinlich illegales Tropenholz auf der Gorch Fock

Schutz der Tropenwälder – per Gesetz?!

Das Jahr 2021 war ein weiteres Jahr großer Waldverluste, eine Trendwende ist nicht erkennbar. Laut kürzlich veröffentlichtem Klima-Bericht des IPCC sind es mit 90 Prozent vor allem Wälder in den Tropen, die in den letzten 30 Jahren abgeholzt wurden. Die Waldverluste sind so groß, dass beispielsweise der Amazonas-Regenwald seine Widerstandsfähigkeit gegenüber Dürren und Bränden verloren hat, sich einem Kippunkt nähert und zur Savanne werden könnte – mit weitreichenden Folgen für die globale Klimakrise.

Seit fast zehn Jahren ist die europäische Holzhandelsverordnung (EUTR) in Kraft. Waldschutz per Gesetz ist also nichts Neues. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Verordnung nicht effektiv ist. Kontrollen sind zu schwach und Sanktionen lächerlich gering. Ein Paradebeispiel dafür ist der **Verbau von höchstwahrscheinlich illegalem Teakholz aus Myanmar auf der Gorch Fock**, dem Schulschiff der deutschen Marine. „Höchstwahrscheinlich“ illegal, weil sich die zuständige Behörde, die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), weigerte das zu

kontrollieren. Darauf machten wir aufmerksam und protestierten anlässlich der Rückkehr der Gorch Fock in ihren Heimathafen kreativ zu Land und zu Wasser.

Aus den Fehlern der EUTR wollte man lernen, hieß es aus Brüssel. Und so hat die EU-Kommission Ende 2021 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die **Abholzung und Walddegradierung in globalen Lieferketten stoppen** soll. Das Gesetz soll nicht nur für Holz und Holzprodukte gelten, die bisher in den Geltungsbereich der EUTR fielen, es soll auch für Palmöl, Soja, Kaffee, Kakao, Rindfleisch und Leder gelten. Dieser Gesetzentwurf kann ein wichtiger Beitrag zum Schutz von Wäldern werden. Noch gibt es allerdings riesige Schlupflöcher – wir werden weiterhin Druck machen!

Seit dem Sommer 2021 gibt es in Deutschland das „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten“, kurz das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG). Das Gesetz wurde durch



Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Fenna Otten, Tropenwaldreferentin, tropenwald@robinwood.de www.robinwood.de/tropenwald

intensive Industrielobby und mithilfe des ehemaligen Wirtschaftsministers Peter Altmaier jedoch vollkommen verwässert. Große Hoffnung liegt nun auf einem vergleichbaren, jedoch ambitionierteren Vorstoß auf EU-Ebene.

ROBIN WOOD wird sich hier als Teil der Initiative Lieferkettengesetz weiterhin stark machen!



Foto: ROBIN WOOD/Tim Waring

April 2021: Protest an der RWE-Zentrale gegen die Zerstörung von Lützerath für Kohle

Für eine echte Energiewende

Auch 2021 haben wir uns mit Elan und Herzblut für Veränderungen im Energiesektor eingesetzt. Ein Schwerpunkt dabei: die traditionelle ROBIN WOOD Floßtour im Juli und August. Drei Wochen lang waren ROBIN WOOD-Aktive mit dem Floß von Berlin nach Hamburg unterwegs. In zahlreichen Orten entlang der Spree, Havel und Elbe sind wir mit Menschen ins Gespräch gekommen, haben informiert und mit Aktionen Aufmerksamkeit für die Energiewende geschaffen.

Das Motto der Tour: „Mit Rückenwind für eine echte Energiewende!“ brachte zwei uns wichtige Punkte zusammen: Der Umbau der Strom und Wärmeversorgung muss jetzt schnell vorwärts gehen und braucht kräftigen gesellschaftlichen und politischen Anschub. Und dieser Umbau darf nicht durch gefährliche Scheinlösungen wie Erdgas und Holzbiomasse auf Abwege geraten. Das Ziel muss eine vollständig erneuerbare, ökologische und sozial gerechte Energiewende sein! Von der Energieindustrie und Politik werden Erdgas und die Verbrennung von Holzbiomasse als angeblich klimaschonende Alternative zu Kohle beworben. Doch die Verbrennung von Erdgas und Holz sind extrem klima- und umweltschädlich und schaden der Energiewende.

Um darauf aufmerksam zu machen, hängten im April ROBIN WOOD-Aktivist*innen ein Banner vor das Kraftwerk Stuttgart-Münster, das der Betreiber EnBW auf Gas umrüsten wollte. Gemeinsam mit anderen Organisationen organisierten wir eine Demo in Brunsbüttel – parallel zu dem Protest des Ende Gelände Aktionsbündnis gegen das dort geplante Flüssiggas-Terminal.

Für unsere Arbeit gegen die Verbrennung von Holzbiomasse konnten wir unsere Expertise aus dem Wald- und dem Energiefachbereich zusammenbringen und mit Aktionen und einer erfolgreichen Petition ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Holzbiomasse keineswegs nachhaltig ist.

Neben unserer Arbeit gegen Scheinlösungen haben wir uns 2021 auch weiterhin für den schnelleren Ausbau von Erneuerbaren Energien eingesetzt. Im März statteten wir daher dem Bundeskanzler*innenamt mit einer Fotoaktion einen Besuch ab. Außerdem unterstützten wir mit unserem Wissen zum Thema Ökostrom eine Stromwechsel-Initiative der Parents for Future.

Und auch der Arbeit gegen Kohle sind wir treu geblieben. In Solidarität mit



Ronja Heise, Energiereferentin
Wenn Sie Fragen und Anregungen haben, melden Sie sich bitte unter:
energie@robinwood.de
www.robinwood.de/energie

den Bewohner*innen von Lützerath, die weiterhin für den rheinischen Braunkohleabbau enteignet werden sollen, hängten ROBIN WOOD-Kletterer*innen im November ein großes Banner an die RWE Zentrale in Essen. Die Botschaft: „RWE Enteignen – im Sinne des Gemeinwohls“. Denn wir sind überzeugt, für ein wirklich nachhaltiges Energiesystem braucht es jetzt tiefgreifende Veränderungen.



Foto: ROBIN WOOD/Christina Albrecht



Foto: Tim Wagner

Mobilitätswende jetzt! Auf der Straße und in der Luft!

Das Jahr 2021 startete im Mobilitätsbereich nach einem schwierigen Coronawinter gedämpft: In der Mobilitätswendebewegung herrschte Trauer und Ohnmacht angesichts der Rodung des Dannenröder Walds und der Repression gegen mutige Klimaaktivist*innen.

Aber die Proteste im „Danni“ wirkten auch wie ein Katalysator für die gesamte Mobilitätswende-Bewegung. Schon bald entstanden überall in der Republik zahlreiche neue Waldbesetzungen und Protestgruppen, die sich vernetzten und gemeinsam Druck gegen den Bau neuer Autobahnen aufbauten.

Wie groß und vielfältig die Bewegung geworden ist, zeigten dutzende Initiativen bei den **bundesweiten Aktions- tagen für die Mobilitätswende** Anfang Juni. ROBIN WOOD-Aktive waren mit Aktionen in Berlin und in Hamburg beteiligt. Auch die Asphaltprotestkarte, die wir letztes Jahr gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht haben, leistete einen wichtigen Beitrag für die Vernetzung und Sichtbarkeit der wachsenden Bewegung gegen Autobahnbau und Naturzerstörung.

In Berlin haben wir letztes Jahr gleich mehrmals mehr Tempo bei der Mobilitätswende gefordert und uns gegen den Weiterbau der Stadtautobahn A100 und der Tangentialverbindung Ost stark gemacht. Im November erinnerten wir die frisch gewählte rot-rot-grüne Berliner

Landesregierung daran, das im Wahlkampf versprochene Berliner Mobilitätsgesetz schnell umzusetzen. Ein weiteres Highlight war der **vielfältige Protest gegen die Internationale Automobilausstellung (IAA)** im September, die 2021 erstmals in München stattfand. Auch Aktive von ROBIN WOOD entlarvten in München die IAA als Greenwashing-Veranstaltung der Autolobby. Denn statt grüner Scheinlösungen brauchen wir kleinere, leichtere, effizientere, aber vor allem deutlich weniger Autos und mehr ÖPNV statt E-SUVs!

Im letzten Jahr intensivierten wir aber auch unseren Protest gegen die Flugindustrie, die nach wie vor das Klimabudget auffrisst und dafür staatliche Subventionen erhält. Um gegen den **Klimakiller Flugverkehr** vorzugehen, verstärkt unser neuer Referent Jonas Asal den Mobilitätsbereich. Zusammen mit sieben Umweltverbänden legten wir im August einen Forderungskatalog für mehr Klimaschutz im Luftverkehr vor. Im Oktober ging außerdem unsere **Kampagne „Züge statt Flüge“** an den Start. Mit der Kampagne forderten wir gemeinsam mit einem breiten Netzwerk von Unterstützer*innen das schnelle Aus für unnötige und klimaschädliche Kurzstreckenflüge als klimapolitische Sofortmaßnahme.

Anfang Dezember – pünktlich zur Abstimmung des Koalitionsvertrags – überbrachten wir diese Forderungen der



Wenn Sie Fragen haben, melden Sie sich bitte bei unserer Mobilitätsreferentin **Dominique Just**, verkehr@robinwood.de. oder unserem Flugverkehrsreferenten **Jonas Asal**, jonas-asal@robinwood.de

SPD: mit der symbolischen Übergabe von über 70.000 Petitionsunterschriften und einer Kletteraktion am Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Offizielle Zahlen belegen, dass der **Verkehrssektor in der Klimabilanz 2021 erneut durchgefallen** ist – und es steht zu befürchten, dass sich die Klimabilanz in diesem Jahr nochmals verschlechtert und die Emissionen weiter wachsen. Aber gleichzeitig wächst auch unser Einsatz als Klima- und Mobilitätswendebewegung. ROBIN WOOD ist fest entschlossen mit Protestaktionen den Finger in die Wunde zu legen: **Eine echte Mobilitätswende auf der Straße, auf der Schiene und in der Luft ist nicht nur dringend nötig – sie ist auch möglich, wenn wir die Weichen dafür jetzt stellen!**



Thorsten Herz, Finanzien.
 Sie haben Fragen zu unseren
 Zahlen? Bitte rufen Sie mich an:
 040 380892-23
 Thorsten.Herz@robinwood.de

Bilanz 2021: In Zahlen und Worten

Unsere Berechnungen und Darstellungen orientieren sich an den Standards von DZI und Transparency International Deutschland.

Die Aktivist*innen von ROBIN WOOD engagierten sich 2021 trotz schwieriger Bedingungen wegen der Pandemie weiter erfolgreich für den Klimaschutz: Die Kampagne „**Wälder und Savannen nicht verfeuern**“, wurde mit einer Vielzahl von Aktionen in Norddeutschland, aber auch in benachbarten EU-Staaten fortgesetzt. Wälder gehören nicht in Kraftwerke, an dieser Forderung halten wir auch 2022 fest.

„**Mit Rückenwind für eine echte Energiewende**“ waren die Aktivist*innen im Sommer auf der ROBINA WALD unterwegs. Mit bunten Aktionen links und rechts der Floßstrecke auf Spree, Havel und Elbe begeisterten wir Besucher*innen für die ökologische Energie- und Wärmewende.

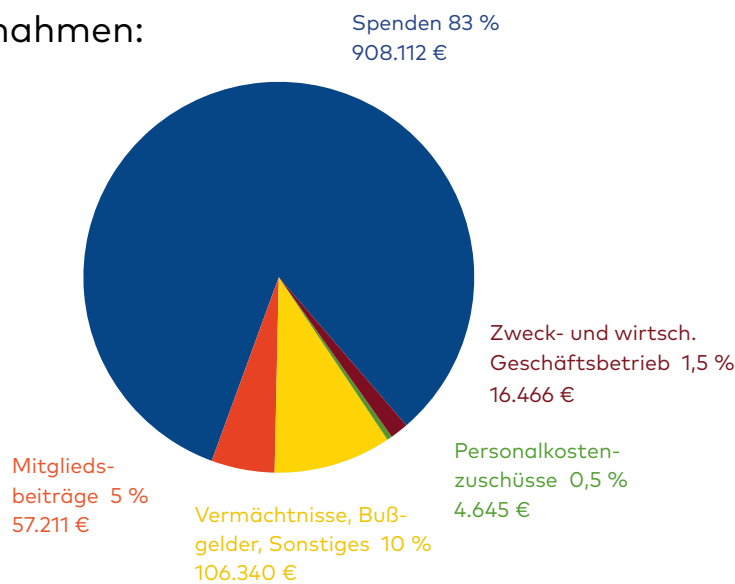
Bei der groß angelegten „**Züge statt Flüge**“-Kampagne unterschrieben mehr als 70.000 Menschen die Forderung nach einem Aus für Kurzstreckenflüge und setzen die neue Regierung unter Druck ihre Klimaversprechen aus dem Wahlkampf einzulösen.

Europas Rohstoffhunger darf nicht zur Entwaldung der Tropen führen. ROBIN WOOD stritt auch 2021 für ein **wirksames Lieferkettengesetz**. „Kein Kahlschlag für Kautschuk“ war eine der vielen Forderungen in 2021.

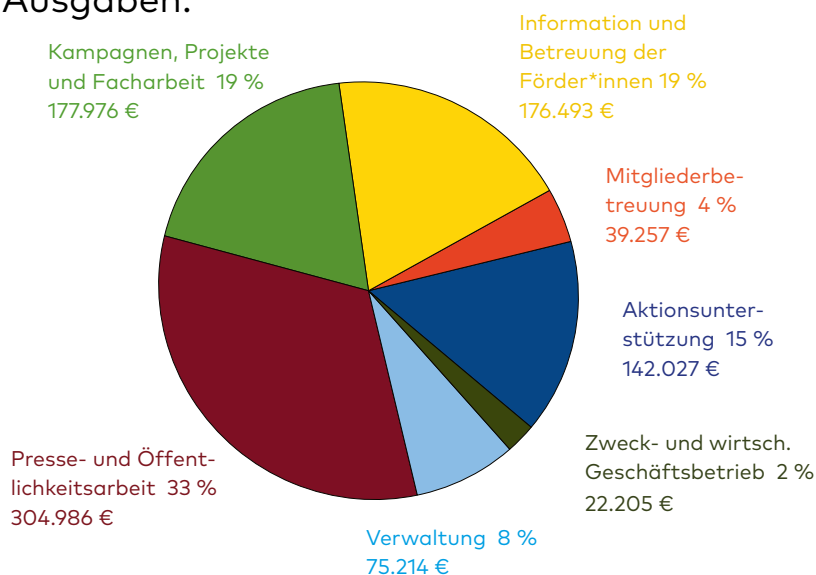
Unsere gut vorbereiteten Aktionen und die ausführlichen Recherchen in den Fachreferaten sind nur dank der großzügigen Spenden unserer Unterstützer*innen möglich. **Sie ermöglichen ROBIN WOOD unabhängig zu bleiben und zu arbeiten.**

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns ihre Zeit schenken und wir bedanken uns ebenso herzlich bei den Menschen, die uns finanziell unterstützen. **Nur zusammen sind wir das, was wir sind: ROBIN WOOD!**

Einnahmen:



Ausgaben:



Die Architektur unserer Ausgaben bzw. Investitionen hat sich aus den Erfahrungen vieler Jahre im Umweltschutz entwickelt. Trotz Überraschungen und dynamischer Entwicklungen ist sie relativ stabil. Die Grafik oben macht deutlich, wie entscheidend die Spenden unserer Förderinnen und Förderer sind!

Einnahmen:

2021 konnten wir einen leichten Zuwachs an Spenden verzeichnen. So war es uns möglich, das Geschäftsjahr mit Rücklagen von ca. 520.000 Euro zu beenden. Mit insgesamt 908.112 Euro machten mit 83 Prozent die Spenden unserer Förder*innen wieder den größten Anteil an unseren Einnahmen aus. **Herzlichen Dank für Ihre solidarische Unterstützung!**

Die **Beiträge unserer Mitglieder** waren mit 5,2 Prozent unserer Gesamteinnahmen 2021 nahezu konstant und betragen knapp 57.000 Euro.

Durch den Erhalt vieler **Zuschüsse** für unsere inhaltliche Arbeit konnten wir weitere 106.000 Euro einnehmen, knapp 10 Prozent unserer Einnahmen.

Zusätzlich generierten wir kleinere Einnahmen über unseren **Online-Shop**, in dem wir Info-Material und ROBIN WOOD T-Shirts vertrieben.

Ausgaben:

Auch 2021 rüttelten wir die Öffentlichkeit auf und erhoben unsere Stimme gegen die Zerstörung von Umwelt und Natur. Unsere Kosten für **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** machten den größten Anteil unserer Ausgaben aus (32,5 Prozent).

Die vielen **zielgerichteten Aktionen** standen im Mittelpunkt unserer Arbeit: Für die Planung, sichere Durchführung und Nachbereitung gaben wir 15 Prozent unserer Mittel aus.

Grundlage für unsere Aktionen ist die **Recherchearbeit** unserer Fachreferent*innen für Wald, Tropenwald, Energie und Mobilität. Was wir alles bewegen konnten, haben Sie auf den vorherigen Seiten gelesen. 19 Prozent der Gelder verwenden wir für Kampagnen, Projekte und Facharbeit.

Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020
	€	€
I. Ideeller Bereich		
ERTRÄGE		
Mitgliedsbeiträge	57.211	57.347
Einzel Spenden	510.028	477.820
Dauerspenden	335.894	329.823
zweckgebundene Spende	62.190	70.566
Bußgelder	0	1.200
Personalkostenzuschüsse	4.645	2.009
sonst. Zuschüsse	105.797	20.568
Vermächtnisse und sonst. Erträge	543	10.862
Erlöse Sachanlagenverkäufe BV	0	3.250
Gesamterträge	1.076.307	973.446
AUFWENDUNGEN		
Öffentlichkeitsarbeit, Layout, Druck, Aktionsmaterial	131.639	117.725
Reisekosten	15.812	27.602
Versand, EDV, Kommunikation, Büromaterial	49.552	52.321
Zuwendungen an Dritte/Kooperationen	39.230	30.509
Personal, Honorare, Aufwandsentsch.	600.758	485.674
Fortbildungen, Fachliteratur	7.711	6.092
Abschreibungen	4.784	4.470
Raumkosten	38.490	38.027
Rechts- und Beratungskosten, Versicherungen, Reparaturen, Sonstiges	22.392	18.832
Abgänge Sachanlagen Restbuchwert bei BV	0	3.599
Gesamtaufwendungen	910.368	784.849
II. Zweckbetrieb		
ERTRÄGE		
Erh. Honorare	1.000	135
Umsatzerlöse	2.559	0
Magazin: Abo und Verkauf	1.992	0
Sonst. Betriegl. Erträge	29	0
Gesamterträge	5.580	135
AUFWENDUNGEN		
Anzeigen	0	1.104
Magazin: Vertriebskosten	16.823	0
Gesamtaufwendungen	16.823	1.104
III. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb		
ERTRÄGE		
Magazin: Abo und Verkauf	0	3.471
Infoverkauf, Ausstellungen	206	355
Waren- und Bücherverkauf 7%	146	372
Warenverkauf 19%	1.637	1.485
Provisionen	7.468	5.144
Sonstige Erträge	403	714
Gesamterträge	9.860	11.542
AUFWENDUNGEN		
Magazin: Vertriebskosten	0	14.718
Waren- und Büchereinkauf 7%	2.933	3.052
Wareneinkauf 19%	4.468	2.407
Gesamtaufwendungen	7.402	20.178
IV. Vermögensverwaltung		
ERTRÄGE		
Gewinnbeteiligungen und Zinserträge	1.026	1.286
Gesamterträge	1.026	1.286
AUFWENDUNGEN		
Nebenkosten des Geldverkehrs	3.566	1.759
Abgänge Sachanlagen Restbuchwert bei BV	0	250
Gesamtaufwendungen	3.566	2.009
V. Vereinsergebnis		
	154.616	178.270

Ohne unsere Förder*innen geht nichts. Deswegen informieren wir Sie regelmäßig über unser Tun und versuchten auch 2021 den Kreis unserer Unterstützer*innen zu erweitern, um in Zukunft unsere wertvolle Arbeit für den Schutz von Umwelt und Natur in gleichem Maße aufrechterhalten zu können. 19 Prozent wendeten wir für die Information & Betreuung der Förder*innen auf.

Die Mitglieder von ROBIN WOOD wurden bei ihrer eigenständigen Arbeit durch die Geschäftsstelle unterstützt. Vier Prozent unserer Ausgaben entfielen auf die **Mitgliederbetreuung**.

Flyer für den Info-Stand, Banner und T-Shirts für die nächste Demo – all das gab es in unserem **Online-Shop**, für den wir im Zweck- und wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb 2,3 Prozent Ausgaben haben.

Auf die notwendige **Verwaltung entfielen 8 Prozent** unserer Kosten.

2021 verzeichneten wir einen **Zuwachs von 154.000 Euro**. Wir sind Dank Ihres Engagements großartig durch dieses schwierige Jahr gekommen und können damit auch in Zukunft aktiv für die Umwelt sein und Menschen für unsere Arbeit begeistern.

Wir danken Ihnen, unseren Spender*innen, ganz herzlich für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen im vergangenen Jahr!

Bilanz

AKTIVA	31.12.2021	31.12.2020
A. ANLAGEVERMÖGEN	13.622,60	13.091,60
I. Sachanlagen	2.417,00	2.078,00
II. Finanzanlagen	11.205,60	11.013,60
B. UMLAUFVERMÖGEN	528.788,41	366.696,44
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.889,22	7.447,69
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	518.899,19	359.248,75
Bilanzsumme	542.411,01	379.788,04
PASSIVA	31.12.2021	31.12.2020
A. EIGENKAPITAL	531.043,31	376.427,40
I. Variables Kapital	376.427,40	198.157,05
II. Vereinergebnis	154.615,91	178.270,35
B. B. VERBINDLICHKEITEN	11.367,70	3.360,64
I. Vb gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
II. Sonstige Verbindlichkeiten	11.367,70	3.360,64
Bilanzsumme	542.411,01	379.788,04



Foto: ROBIN WOOD/Eberhard Linckh

Stuttgart, Oktober 2021: Aktiv für eine Mobilitätswende

ROBIN WOOD

Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3
21073 Hamburg

Tel.: 040 380892-0
Fax: 040 380892-14
info@robinwood.de
www.robinwood.de

Spendenkonto:
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN